

01 **Erziehung** 2016 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. Januar 2016

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

EW

▣ **Aktuell:**

Lehrkräftemangel
„L-EGO“-Betrug

▣ **Titelthema:**

Landtagswahl 2016
• Dr. Reiner Haseloff
• Katrin Budde
• DGB-Forderungen

▣ **Schulpolitik:**

Gymnasium
Auslandsschuldienst

▣ **Bildungsangebote:**

Altmärkischer LehrerInnentag
Was wurde aus dem
Bildungskonvent?

Am 13. März wird ein neuer Landtag gewählt. Und damit auch eine neue Regierung.

Die Parteien haben nun dafür ihre Programme beschlossen; DIE LINKE und DIE GRÜNEN nennen diese „Wahlprogramm“, CDU und SPD bereits forsch „Regierungsprogramm“.

Wir machen einen Schritt nach dem anderen: Nachdem wir im September unsere Forderungen an die Wahl- bzw. Regierungsprogramme formuliert haben, befragten wir nun die Spitzenkandidaten der vier im Landtag vertretenen Parteien, natürlich in puncto Bildung.

Und beginnen zuerst mit denen, die (so) weiter-regieren wollen: die **CDU** mit „*NAH. KLAR. Für Sachsen-Anhalt. Klare Verhältnisse – Keine Experimente*“ und die **SPD** mit „*ES IST ZEIT FÜR EINEN NEUEN AUFBRUCH: SACHSEN-ANHALT KANN MEHR.*“ ...





Prof. Dr. Hans-Dieter Klein,
verantwortlicher Redakteur der EuW

Kommentiert: Bilanz einer Bilanz

Der Fünfjahrplan ist abgeschlossen. Eine selbstverständlich positive Bilanz wird gezogen und eine Broschüre vorgelegt. Leute meines Alters werden da an Zeiten erinnert, wo die Selbstschuldigung wenigstens noch mit dem „Dank an die fleißigen Werktätigen“ verbunden wurde. Einen zweiten Unterschied will ich nicht verschweigen: Heute geht es um demokratische Wahlen. Aber ob das die Verdrehung von Tatsachen oder die Beschönigung eklatanter Missstände rechtfertigt?

Seit dem 1. Dezember – zeitgleich mit den Listenparteitagen der regierenden CDU und ihrer Koalitionspartnerin SPD – ist uns nun klar gemacht worden: Pünktlich zum Beginn des Wahlkampfes konnte eine positive Bilanz gezogen werden. Die Landesregierung hat ihre Versprechungen gehalten. Es wurde „eine Konsolidierungspolitik mit Augenmaß“ betrieben, das Personalziel von 18 Vollzeitäquivalenten je 1.000 Einwohner im Jahre 2025 wurde nie aus den Augen verloren. Mehr Gerechtigkeit und Vielfalt im Bereich der Bildung wurde proklamiert und mit dem Projekt Gemeinschaftsschule auch in Teilen angegangen. Das KiFöG wurde novelliert, mit den Theatern und Orchestern im Land wurden neue Verträge geschlossen, den Hochschulen wurde eine Gesundung durch Mittelkürzung in Millionenhöhe auferlegt.

Wenige Tage später schob der Finanzminister – wohl um seine Spuren auch noch in die kommende Wahlperiode vorzuzeichnen – die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2019 nach. Er betonte, dass sich Sachsen-Anhalt finanzpolitische Gestaltungsspielräume geschaffen habe, die in den nächsten Jahren genutzt werden können, um weiterhin landespolitische Schwerpunkte zu setzen.

Da hat er ausnahmsweise mal die Wahrheit gesagt. Aber eben nicht die ganze: Die positive Bilanz, die tatsächlich gezogen werden könnte, ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Steuereinnahmen und nicht auf das Handeln der Landesregierung zurückzuführen. Ganz im Gegenteil: Personal wurde planlos abgebaut, die entstandenen katastrophalen Lücken sind in den Schulen und bei der Polizei besonders schmerzhaft zu spüren.

Die gefeierten Erfolge geben im Gegenteil Anlass zu Kritik. Selbstkritik war ohnehin nicht zu erwarten. So wird die schwächste wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zu allen Bundesländern nicht erwähnt. Die deutlich sichtbar werdenden und in den kommenden Wochen und Monaten sich noch verschärfenden Defizite im Bereich der Lehrerversorgung und bei der öffentlichen Sicherheit spielen ebenfalls keine Rolle.

Obwohl die kommunale Finanzausstattung und vor allem die Investitionspauschale deutlich reduziert wurden, wird dies als Erfolg verkauft. Die finanziellen Risiken, die sich aus der fehlerhaften Verwendung von EU-Mitteln ergeben, werden verschwiegen.

Die seit dem Jahr 2013 geführte Kürzungsdebatte hat die Hochschulen und Kultureinrichtungen lädiert. Die genannten Verträge sind nichts anderes als Ergebnisse von Erpressung und führen zum Kultur- und Bildungsabbau. Solche Methoden spielen selbstverständlich im Bericht der Landesregierung keine Rolle.

Wichtig scheint allein, Spielräume für sogenannte Prioritäten zu gewinnen. Interessanterweise erscheint in der Aufzählung solcher zuerst die Feststellung „Seit 2012 tilgt das Land in ansteigenden Beträgen Schulden (2012: 25 Mio. EUR; 2013: 50 Mio. EUR; 2014: 75 Mio. EUR, 2015 mind. 75 Mio. EUR). Mit der jetzt vorgelegten Finanzplanung wird die Einhaltung der Schuldenbremse und damit die Grundlage für die Gewährung der Konsolidierungshilfen in Höhe von 80 Mio. EUR jährlich abgesichert.“ Erst viel später wird eingestanden, dass man sich die künftige Einwohnerzahl künstlich niedrig gerechnet hatte. Der radikale Personalabbau soll nun durch mehr Neueinstellungen retuschiert werden. Trotzdem wird man daran festhalten.

Übrigens: Die Schuldentilgung hat wenigstens eine klare Perspektive. In 100 Jahren wäre das Land schuldenfrei. Dazu bräuchten wir noch 20 Wahlperioden oder ebenso viele Fünfjahrpläne. Das Wahlvolk schütze uns am 13. März vor dieser Perspektive.

Hans-Dieter Klein

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Bilanz einer Bilanz	2
Zum neuen Jahr: Zweifelnde Zuversicht	3
EuW-Gespräch zur Landtagskandidatur von Thomas Lippmann: Aktiv an Politikwechsel im Bildungsbereich mitwirken	4
Sofortprogramm für Landesregierung: Zeit zum Handeln – Blockaden aufgeben	4
Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte: Der große „L-EGO“-Betrug – eine enttäuschende Bilanz	5
Pädagogische Mitarbeiter/innen mit Lehrbefähigung: Kultusministerium nicht für Nachbesetzungen	6
Paritätische Tarifgemeinschaft: Verhandlungen in der Sackgasse	6

Titel-Thema: Landtagswahl 2016

Parteiprogrammatik auf dem Prüfstand: Bildung ist bei CDU und SPD Wahlkampfthema	7
CDU-Spitzenkandidat Dr. Reiner Haseloff: Programmatische Ziele der CDU in den Bereichen Bildung, Erziehung und Personalentwicklung	8
SPD-Spitzenkandidatin Katrin Budde: Für ein starkes, innovatives, selbstbewusstes Sachsen-Anhalt: Bildung steht im Zentrum	9
Aus den gewerkschaftlichen Forderungen zur Landtagswahl 2016: Gewerkschaften mit klaren Vorstellungen für neue Landespolitik	10
Schulpolitik im Wahlkampf: GEW steht zu Gymnasien und deren Beschäftigten	11

Auslandsschuldienst

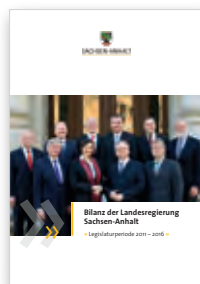
Lehren und Lernen in Osteuropa: Odessa ist nicht Donezk	12
--	----

Bildungsangebote

GEW-Kreisverband Stendal: 23. Altmärkischer LehrerInnentag	13
Bildungspolitische Diskussionsreihe: Was wurde aus dem Bildungskonvent?	14

Senioren

GEW-KV Magdeburg Seniorengruppe: Veranstaltungen I/2016	15
GEW-KV Bördekreis/Haldensleben: Angebote für Senioren	15
Nachschlag: Die Karawane zieht weiter	16



Zum neuen Jahr: Zweifelnde Zuversicht

Zwischen nichts und allem, für Anfang und Ende wollen wir ein Maß finden. Qualität wird gewogen und Menschsein gezählt. Da fragt sich Laura, seit jeher an Statistik interessiert: Was ist das, was ich zum Messen benutze, was mir Skalen vom Leben zu erzählen versuchen, was durch Anzahl ausgedrückt werden soll? Was ist Zahl? Die Antwort ist naturgemäß so abstrakt wie Zahl selbst: Konstruiere ein perfektes System aus passenden Axiomen und nenne Zahl, was dieses System erfüllt. Dann zähle.

So einfach und klar ist Mathematik, viel leichter als das Leben – denkt Laura. Und sie ist der Wahrheit ganz nah.

Hoffnung auf Glück

Der Start ins neue Jahr ist nicht das beängstigende Getöse um null Uhr, am Anfang steht der erste Tag, den Laura um zehn Uhr beginnt – vielleicht auch später. In diesen Beginn, in Lauras Erleben wird sich schnell eine weitere Zahl drängeln: mehr als eine Million Menschen aus vielen Ländern sind in ihr Land gekommen. Sie wurden vertrieben, und sie sind geflohen; sie haben Wege gefunden, Krieg und Gewalt, Hunger und Durst zu entkommen. Bis hierher könnte das wie eine Statistik gelesen werden, wie eine Tabelle, verbunden mit der Aufforderung: Mehr als eine Million Formulare müssen her, Teller und Tassen sowieso, Handschuhe auch – falls sich ein Winter einstellen sollte. Doch danach? Für Laura ist es offenkundig, statistische Größen sind globale Maße, kaum tauglich zur Beschreibung des Menschseins; und jeglicher Versuch einer Axiomatik müsste an dieser Stelle versagen.

Zur Analyse unseres Lebens bedarf es mindestens noch der Bildung, der Kultur, bedarf es der Kunst. Zur Analyse sind Erinnerung und Reflexion der Zeit und Vorausschau notwendig. Also erinnert sich Laura:

Vor nahezu zweitausend Jahren verließ Bou-dicca, Stammesfürstin im heutigen Südengland, ihr häusliches Umfeld und entzog sich dadurch den Übergriffen der römischen Besatzung. Sie sammelte ein Heer, zog gegen die Invasoren und scheiterte.

Von Sehnsucht nach Liebe getrieben entflohen „Die kleine Meerjungfrau“ ihrem Element. Ihre Suche fand nicht die erträumte Erfüllung, doch ihr Bild verschenkt noch heute Hoffnung auf Glück.

Sophia Kowalewskaja, ungemein klug, originell im Denken und schön dazu, musste einen langen Weg von Moskau über Heidelberg und über Berlin gehen, um in der Welt zumeist männlicher Wissenschaftler anzukommen und Professorin für Mathematik in Stockholm werden zu können.

Leben, Liebe, Leistung und die große Sehnsucht danach waren und sind starke Motive für das Streben nach Veränderung, für den Mut zum Aufbruch und für das Abenteuer des Ankommens, für das Überdecken der Angst mit Hoffnung. Abschied kann nur gelingen, wenn riesige Erwartungen an die Zukunft sein Grund sind.

Uralter Rat

Sokrates empfahl seinen Athenern den Zweifel an sich selbst und riet ihnen zum Blick in den Spiegel, um zur Veränderung bereit zu sein. Sokrates beschwor seine Landsleute, demütig zu sein, um nicht den Reichtum als Argument für das Leben zu wählen und nicht das Leben als Argument für den Reichtum. Da bleiben für Laura zwei Probleme: Das erste, die Gestaltung eines optimalen Lebens, ist kaum zu lösen. Das andere erweist sich als aktuell. Wenn Sokrates' Aufforderung zum Bezweifeln des eigenen Lebens heute dadurch ausgelöst wird, dass ungezählte Menschen mit ungezählten Schicksalen und ungezählten Wünschen aus heimischen Verhältnissen vertrieben werden und jetzt auf Ankunft hoffen, welche Fragen werden gestellt und wie lauten die Antworten?

Lebenskunst, so sagt sich Laura, mein Lustchen auf das Leben ist aller Anfang; dazu das rechte Maß an Gelassenheit. Sie nennt das Glück, und sie glaubt an ihr Glück. Sie weiß aber auch, ihre Lebenskunst ist nicht unabhängig von den sie umgebenden Verhältnissen, sie hängt vielmehr ab von den wirtschaftlichen Grenzen für Gedanken und Gewohnheiten und Gefühle. An solcher Stelle

würde Laura so manches Mal gerne neben die Zeit treten oder neben die Gesellschaft, einzig in der Absicht, ein objektives Bild zu erhaschen. Doch Laura erkennt sich als Beteiligte, von der zuerst effizientes Funktionieren erwartet und verlangt wird – obwohl sie sich mit Freuden ihren Gefühlen ausliefern und ihnen trauen würde, ohne vorher in den Spiegel zu schauen oder in einer Enzyklopädie zu lesen oder endlos zu warten mit Vladimir und Estragon (auf Godot). Die Komplexität von Lauras Umgebung zwingt sie zum Handeln, lässt sie nach einem Optimierungsprozess fahnden und das Prinzip ‚Versuch und Irrtum‘ als Näherung akzeptieren.

Zugleich spürt Laura, wie fest sie sich zwischen Gewohnheiten und Überzeugungen

eingerrichtet hat und welche Kraft es kostet, dieses Gefüge durch Ideen und durch Verantwortung für das Zusammenleben aufzubrechen. Da wünscht sie sich anregende Gespräche bei kräftigem Kakao für mehr Klugheit, als in einem Schlachtruf unterzubringen ist.

Manchmal hilft ein Lied

Und eine Platte mit Musik empfindet sie als befreiend, wenn etwa „Die Ärzte“ in ihrem „Schunder-Song“ (Album „Planet Punk“, 1995) singen

„... Gewalt erzeugt Gegengewalt, hat man dir das nicht erklärt?

Oder hast du da auch – wie so oft – einfach nicht genau zugehört? ...“

Terror und Krieg, Unterdrückung und Gewalt, gleich, von welcher Seite ausgeübt, gehören nicht zur Menschlichkeit – hier hat Laura ihren Gefühlen genau zugehört. Und Menschen zeigen ihr Versagen, wenn sie töten. Die Politik hat versagt, nicht erst heute: Politik hat versagt, als sie vor fast hundert Jahren Grenzen von Interessengebieten wie mit dem Lineal zog, als sie Bedingungen schuf für Waffenschrauber und für das unheimliche Geschäft Waffenhandel, als sie Kriege führte, als sie vor nicht allzu vielen Jahren Hunger und Not weit entfernt wähte.

Heute erlebt Laura die Beschwörung von Werten und von Identität und muss dabei – gar nicht entzückt – feststellen: Kriegführung wird noch immer zu den Werten gezählt. Obwohl doch vor dem Krieg über Frieden und seine Bedingungen nachzudenken ist. Was wäre das für ein Ausweis für unsere Identität – und „Schnöggensburg“ in der Letzlinger Heide könnte in naher Zukunft das Dörfchen sein, in dem niemals ein Schuss gehört wurde. Wir würden einander mit unserer so leicht zu verletzenden Menschenwürde begegnen und von Lebensfreude erzählen; wir wären Menschen, die erst später eine Nationalität zu erkennen geben, die noch später – oder gar nicht – Glauben oder Religion offenbaren. Laura nennt das die Logik des Alltags, des Heute und Hier.

„Learning to Fly“

„Bildung ist der Kleber, der die Welt zusammenhält“, würde Laura antworten, fragte man sie nach einem Mittel, die Welt zu heilen. Und sie würde fortsetzen: „Doch ich habe keine Lösung, die von Silvester auf Neujahr klärte, was heute zu klären wäre. Vielmehr denke ich, eine derartige Lösung gibt es nicht. Und mir bleibt nur zweifelnde Zuversicht.“ Die treibt Laura an, zugewanderten Mädchen vom Leben hier zu erzählen. Zu Beginn wird sie ein Scheibchen von „Tom Petty and the Heartbreakers“ auflegen, um den Song „Learning to Fly“ vorzuspielen. Wie lerne ich fliegen, das ist der rechte Anfang. Über Zahlen wird Laura danach nicht sprechen, ihre Mädchen kommen schließlich aus deren Heimat. Laura wird sich mit Sprache befassen:

Der Käse.

Die Wurst.

Das Bier.

Wie soll sie von derartiger Geschlechtlichkeit überzeugen? Was für eine Aufgabe!

Prof. Dr. Jürgen Köhler





EuW-Gespräch zur Landtagskandidatur von Thomas Lippmann: Aktiv an Politikwechsel im Bildungsbereich mitwirken

Längst hat sich in der GEW und in der Öffentlichkeit herumgesprochen, dass der GEW-Landesvorsitzende, Thomas Lippmann, das Angebot angenommen hat, auf der Liste der LINKEN für den Landtag zu kandidieren. Für die Redaktion sprach Kollege Hans-Dieter Klein mit Thomas Lippmann über Hintergründe dieser Kandidatur und über die Konsequenzen für die GEW.

Die Redaktion

Der Wahlkampf zu den Landtagswahlen am 13. März kommenden Jahres hat begonnen. Du hast mit deiner Kandidatur auf der Liste der LINKEN auch sehr persönlich Flagge gezeigt. Wie kam es dazu und was bewegte dich zu diesem Schritt, als GEW-Vorsitzender in den Landtag zu wechseln?

Man muss sich ja nur die Politik zumindest der letzten zehn Jahre anschauen, um zu verstehen, dass die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen aus der Sicht einer Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“, d.h. im Bildungsbereich, gravierend ist. Mit der Regierungsbildung in Thüringen unter einem linken Ministerpräsidenten hat sich eine Tür geöffnet, aus der ich die Schlussfolgerung gezogen habe, dass auch in Sachsen-Anhalt eine andere Politik möglich erscheint. Und an diesem möglichen Politikwechsel wollte ich aktiv mitarbeiten.

Was, denkst du, hat die Delegierten des Parteitag der LINKEN bewogen, dich auf den sicheren Platz 8 der Kandidatenliste zu setzen – zumal du ja keine Parteimitgliedschaft hast?

Das stimmt, ich bin kein Parteimitglied. Ich bin in meinem bisherigen Leben immer parteilos gewesen und bin das auch nach wie vor. Ich werte diesen sehr guten Listenplatz natürlich als Wertschätzung für die Arbeit der GEW, für ihre Stellung in Sachsen-Anhalt insgesamt und natürlich auch ein bisschen für meine persönliche Arbeit.

Einige Medien spekulieren, dich nicht nur im Landtag sondern auch gleich auf der Ministerbank zu sehen. Was wäre dazu zu sagen? Medien spekulieren natürlich gern. Das

scheint zu ihrem Geschäft zu gehören. Wir machen das nicht. Klar ist aber: Wenn wir eine Regierungsbeteiligung anstreben, dann liegt auch ein wichtiger Fokus auf dem Bildungsbereich, d.h. dem Kultusministerium. Wir wollen die Bildungspolitik verändern, besser gestalten, und dazu muss man das Ministerium leiten können. Wer das dann machen wird, ist eine ganz andere Frage. Ob oder wie ich daran beteiligt sein würde, ist längst nicht entschieden. Als Erfahrung gilt, wer als Minister gehandelt wird, wird es in der Regel nicht. Im Übrigen muss die Wahl erst mal erfolgt sein.

Mal von dieser Spekulation abgesehen. Erfahrungen mit rot-roten Regierungen oder jüngst aus Thüringen besagen, dass auch unter solchen Bedingungen GEW-Forderungen nur mit langem Atem politische Praxis werden. Wie würdest du mit solchen, vermutlich zwangsläufigen, Konflikten zwischen Regierungshandeln und gewerkschaftlichem Willen umgehen?

Solche Konflikte wird es natürlich geben. Sie muss man von beiden Seiten aushalten, egal auf welcher Seite man sitzt. Ich hoffe, dass sie nie wirklich groß werden und dass wir, d.h. die Fraktion der LINKEN, über die Jahre hinweg schrittweise die großen Erwartungen erfüllen können. Ich habe in den Diskussionen von Anfang an deutlich gemacht, dass das, was in den letzten zehn Jahren in den Sand gesetzt wurde, nicht in einer Legislaturperiode wieder aufgebaut werden kann. Für das, was ich mir auch persönlich vorstelle, braucht man mindestens zwei Wahlperioden. Allein wenn man an den Lehrkräftebedarf denkt, weiß man, dass man die katastrophale Fehlsteuerung nicht in zwei, drei Jahren korrigieren kann.

Eine im Zusammenhang mit dem Personalmangel aktuelle Frage, die wohl den Wahlkampf ganz entscheidend beeinflussen kann, wird immer öfter gestellt: Schule, Kitas und auch bald die Hochschulen werden durch die Zuwanderung beansprucht, ohne dass genügend Personal da sein wird. Müsste man nicht auch deshalb den Zuzug drosseln? Alle, die über die Drosselung des Zuzugs

diskutieren, bleiben die Antwort schuldig, wie sie es effektiv machen würden. Selbst wenn man also solchen Überlegungen folgen wollte, gäbe es kein Instrumentarium, diese Menschen, die sich aus Not und Bedrängnis aufgrund von Krieg oder Verfolgung, aus wirtschaftlicher und sozialer Not, aus Klimagründen oder anderen Beweggründen, die ihre Existenz bedrohen, auf diesen beschwerlichen und gefährlichen Weg machen, an den Außen- oder Innengrenzen der EU aufzuhalten. Es ist eine riesige Herausforderung aber auch Chance für Deutschland, für den Osten und auch für Sachsen-Anhalt, die natürlich besonders schwer zu bewältigen ist, wenn die Ressourcen nicht vorhanden sind. Es wird eine nationale Aufgabe sein, egal wer regiert. Ich habe den Eindruck, dass wir in den Kindereinrichtungen und Schulen – wenn wir genügend Leute haben – das auch schaffen werden. Das ist eine ganz wesentliche Zukunftsfrage, an deren Lösung und Ausgestaltung ich mitwirken will.

Eine abschließende Frage: Ich kann mich nicht erinnern, dass in der GEW jemand gesagt hätte, von solchen wie Thomas haben wir genügend, er soll mal ruhig in die Politik gehen. Einige haben eher die Befürchtung, dass du eine ziemlich schmerzliche Lücke reißen könntest. Wie stehst du als langjähriger – und aus meiner Sicht erfolgreicher – Landesvorsitzender dazu?

Wie groß die Lücke ist, weiß man immer erst, wenn einer gegangen ist. Manchmal ist sie viel kleiner als man vorher vermutet oder vielleicht auch befürchtet hat. Wir sind ein starkes Team. Wir haben im Landesvorstand sehr viele Kolleginnen und Kollegen mit langjährigen Erfahrungen, die sehr erfolgreich arbeiten. Der Landesvorstand beschäftigt sich seit geraumer Zeit, d.h. seit meine Landtagskandidatur bekannt ist, mit der Frage, wie es mit der GEW weitergehen wird. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam eine gute Lösung finden werden, die sichert, dass die GEW-Arbeit nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

Dann wünschen wir dir viel Erfolg bei der Wahl.

Sofortprogramm für Landesregierung: Zeit zum Handeln – Blockaden aufgeben

(EuW) Mit der Vorstellung eines Sofortprogramms zur Lehrkräftegewinnung hat die Fraktion der LINKEN nachdrücklich auf den dringenden Handlungsbedarf bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung hingewiesen. Obwohl der Lehrkräftemangel in der Mehrzahl unserer Schulen mit Händen zu greifen ist, verweigert die Landesregierung notwendige Entscheidungen.

Die GEW schätzte in diesem Zusammenhang in einer Presseerklärung ein: „Das späte Eingeständnis, dass alle bisherigen Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung, die Entwicklung der Kinder- und Schülerzahlen sowie über die zu erwartenden Steuereinnahmen nicht das Papier wert waren, auf dem sie der Finanzminister in seinen Personalentwicklungskonzepten und mittelfristigen Finanzplanungen Jahr für Jahr vorgelegt hatte, ist

nur der längst überfällig erste Schritt“. Die Fehlsteuerung beim Landespersonal sei seit Jahren erkennbar, es reiche daher nicht mehr aus, Korrekturen in der bisherigen Personalpolitik für einen späteren Zeitpunkt vage in Aussicht zu stellen und lediglich den „rigiden“ Personalabbau für beendet zu erklären. Denn der „normale“ Personalabbau finde weiterhin statt, weil nicht alle ausscheidenden Lehrkräfte ersetzt würden und der steigende Bedarf durch die Aufnahme von immer mehr Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf und mit Migrationshintergrund in den Regelschulen nicht einmal ansatzweise befriedigt werde.

Im Sofortprogramm der LINKEN würden gangbare und erfolgversprechende Wege aufgezeigt, wie trotz des Bewerbermangels bei bestimmten Stellenausschreibungen die

zusätzlich benötigten Lehrkräfte gewonnen werden können, schätze die GEW ein. Dazu seien jedoch grundlegende Änderungen in der bisherigen Ausschreibungs- und Einstellungspraxis erforderlich. Man müsse neue Lehrkräfte tatsächlich gewinnen wollen und nicht durch unangemessene Beschäftigungsbedingungen abschrecken. Mit Blick auf die bei den neuen Lehrkräften für die Sprachförderung noch immer gängige Verwaltungspraxis, nur kurze Befristungen und niedrige Eingruppierungen anzubieten, sei dies besonders hervorzuheben.

Außerdem fehlten im Kultusministerium klare Vorstellungen, wie die zunehmende Zahl von sogenannten Seiteneinsteigern ohne Lehrerausbildung berufsbegleitend so fortgebildet werden kann, dass die Arbeit als Lehrkraft auf Dauer und in der

→ erwarteten Qualität möglich ist. Die notwendigen Initiativen und Korrekturen in der Personalgewinnung müssten jetzt von den Schulbehörden in Angriff genommen werden und könnten nicht warten, bis eine neue Landesregierung handlungsfähig ist.

Das Sofortprogramm der LINKEN besteht aus fünf Elementen:

1. Unterrichtsversorgung sichern – noch für das Schuljahr 2016/17 sollen mindestens

300 zusätzliche Neueinstellungen ermöglicht werden, um die größten Defizite zu beseitigen.

2. Zugang zum Schuldienst erleichtern – Bewerbungshemmnisse sollen beseitigt werden, um allen, die befähigt und interessiert sind, die Türen zum Schuldienst zu öffnen.
3. Berufsbegleitende Qualifikation anbieten – Seiteneinsteiger ohne abgeschlossene Lehrerausbildung sollen zu anerkannten

Abschlüssen geführt werden.

4. Anreize in Mangelbereichen schaffen – vor allem für die ländlichen Regionen sollen mehr Lehrkräfte gewonnen werden.
5. Ausbildung erweitern – schon ab Frühjahr 2017 sollen zusätzliche Ausbildungsplätze an weiteren Standorten für den Vorbereitungsdienst der Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte:

Der große „L-EGO“-Betrug – eine enttäuschende Bilanz

„Außer Spesen nichts gewesen“, so werden diejenigen denken, die sich vom Inkrafttreten des neuen Entgelttarifvertrages für die angestellten Lehrkräfte eine Verbesserung ihrer jahrelangen Unterbezahlung und damit endlich eine gerechte Eingruppierung im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen im gleichen Lehrerzimmer und im gleichen Unterrichtseinsatz versprochen hatten – und nun zum wiederholten Male enttäuscht wurden.

Nur wenige steigen auf

Es ist nicht die Masse unserer Lehrkräfte, die Monat für Monat sauer sind, wenn sie auf ihre Bezugescheine schauen – aber die, die es trifft, die trifft es hart und sie sitzen teilweise seit 20 Jahren zwischen den Kolleginnen und Kollegen, denen längst eine angemessene und gerechte Bezahlung vergönnt ist. Nur sehr wenige von ihnen machen in diesen Tagen die Erfahrung, dass die neue Entgeltordnung den erhofften Aufstieg in der Eingruppierung und den Anschluss an die Bezahlung ihrer Kolleginnen und Kollegen mit gleicher Ausbildung und gleichem Einsatz bringt. Das trifft z.B. auf DDR-Lehrkräfte als Diplomlehrer für zwei Fächer zu, die bisher – wenn sie erst nach dem Stichtag 31. Dezember 1996 in den sachsen-anhaltischen Schuldienst eingetreten sind – als sogenannte „Stichtags-Nichterfüller“ beim Einsatz an einer Sekundarschule nur in die Entgeltgruppe 10 eingruppiert waren. Diese Lehrkräfte erreichen nun über einen Zwischenschritt zum 01. August 2015 die Entgeltgruppe 11 und zum 01. Januar 2016 – zusammen mit allen anderen Sekundarschullehrern – dann endlich die Entgeltgruppe 13.

„Stichtags-Nichterfüller“ bleiben zum Teil abgehängt

Auf eine solche positive und abschließend Gerechtigkeit herstellende Regelung können viele der anderen Lehrkräfte aber weiterhin nur neidvoll blicken: z.B. die gleichen DDR-Lehrkräfte, wenn sie an Gymnasien oder Berufsbildenden Schulen eingesetzt sind. Dort sind sie als „Stichtags-Nichterfüller“ zwar schon immer in der Entgeltgruppe 11 eingruppiert, dabei soll es aber nach dem Willen unserer Landesregierung auch bleiben. Ebenso ergeht es den DDR-Lehrkräften mit einer Ausbildung für die Förderschulen – auch mit entsprechenden Teilprüfungen der 1. Staatsprüfung. Die steigen zwar als „Stichtags-Nichterfüller“ zum 01. August 2015 auch von der Entgeltgruppe 10 in die Entgeltgruppe 11 auf, aber dann ist Schluss. Die zu Recht erhoffte Höhergruppierung in die Entgeltgruppe 13 wird allen diesen Lehrkräften weiterhin verwehrt – willkürlich und ohne

jede Begründung. Eine Höhergruppierung in die Entgeltgruppe 13 wäre zwar grundsätzlich möglich, aber nur dann, wenn dafür extra Geld zur Verfügung gestellt wird und das Kultusministerium diese Höhergruppierung im Sinne einer „Beförderung“ auch tatsächlich vornimmt. Davon ist aber derzeit keine Rede.

„Ein-Fach-Lehrer“ werden weiter diskriminiert

Als besonders krass muss die Entscheidung gewertet werden, die angestellten DDR-Lehrer, die nur als „Ein-Fach-Lehrer“ gelten, weiterhin und auf Dauer schlechter einzugruppieren, als die Kolleginnen und Kollegen mit einer Ausbildung für zwei Fächer. Sie kommen weiterhin nicht über die Eingruppierung in die Entgeltgruppe 11 hinaus – egal, an welcher Schulform sie eingesetzt sind und wie lange sie schon im Schuldienst des Landes beschäftigt sind. Dabei geht es u.a. um Lehrkräfte mit einer vollen universitären Ausbildung für Polytechnik, für Musik an der Hochschule in Weimar aber auch um Diplom-sportlehrer und einige andere Ausbildungen mehr. Seit dem Inkrafttreten des Lehrerinnen- und Lehrergleichstellungsgesetzes im Jahr 1995 kämpft die GEW unermüdlich und unnachgiebig gegen die damals beschlossene Diskriminierung dieser Kolleginnen und Kollegen – doch noch immer konnte der Erfolg nicht eingefahren werden.

Neuer Anlauf nach der Landtagswahl

Die Gründe für den Fortbestand der inzwischen längst unerträglichen Einteilung in Lehrkräfte erster, zweiter und dritter Klasse liegen dabei zuerst bei der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und bei der dbb-Tarifunion, die gegen den erklärten Willen der GEW diese miese Entgeltordnung in die Welt gesetzt haben. Aber das ist es nicht allein. Viele der Probleme liegen hier bei uns im Land, in unserem Landesbesoldungsgesetz und damit bei den Regierungsfractionen von CDU und SPD und namentlich beim zuständigen Finanzminister Bullerjahn, der hartnäckig und unbelehrbar jede auch noch so kleine Korrektur zur Herstellung einer gerechten Eingruppierung aller Lehrkräfte strikt abgelehnt hat.

Unsere Forderungen richten sich daher nun an den nach den Wahlen am 13. März zu bildenden neuen Landtag, schnellstmöglich eine Änderung des Landesbesoldungsgesetzes auf den Weg zu bringen und diesem Schmierentheater endlich ein Ende zu bereiten. Dabei verlangen wir auch, dass Kolleginnen und Kollegen, die kommissarisch eine höherwertige Funktion übernehmen (Schulleitung, Koordinatoren u.a.), weil die Stelle vorübergehend nicht besetzt werden kann, für ihre

Bereitschaft, einzuspringen und die Arbeit – oft auch kurzfristig und vielfach dann über Jahre hinweg zu übernehmen – endlich auch dafür bezahlt werden. Hier, wie auch an anderen Stellen, hat die dbb-Tarifunion versagt, weil sie der TdL derartige Benachteiligungen angestellter Lehrkräfte unterschrieben hat, die von der GEW bis zuletzt abgelehnt wurden. Mit der Regelung dieser offenen Probleme, die eigentlich nur „unerledigte Hausaufgaben“ der alten Landesregierung sind, könnte der Prozess der Angleichung der Bezahlung der DDR-Lehrkräfte an das „West-Niveau“ endlich abgeschlossen werden – mehr als 20 Jahre nach dem Lehrergleichstellungsgesetz vom September 1995. Eine gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte wäre damit aber noch immer nicht erreicht. Denn zwei der gravierendsten Ungerechtigkeiten, die im westdeutschen System bundesweit schon immer existieren, haben wir auch in die ostdeutschen Länder übernommen.

Problemfall 1: Eingruppierung der Grundschullehrkräfte

Dabei handelt es sich um die Einordnung der Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A 12. Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Zeitung werden die Sekundarschullehrkräfte gerade vollständig in die Besoldungsgruppe A 13 eingeordnet (neues Eingangsamt ab dem 01. Januar 2016) – so wie zuvor schon die Lehrkräfte an Förderschulen, Gymnasien und Berufsbildenden Schulen. Damit sind die Grundschullehrkräfte jetzt die letzte Gruppe von Lehrkräften, die grundsätzlich schlechter bezahlt werden, weil ihre Ausbildung und ihre Arbeit mit den „kleinen Kindern“ für weniger anstrengend, für weniger aufwändig und für weniger wert gehalten wird.

Problemfall 2: Eingruppierung von Förderschullehrkräften ohne vollständige Grundschulausbildung

Diese Kolleginnen und Kollegen arbeiten seit Jahren an unseren Förderschulen, erfüllen neben dem Unterricht alle Aufgaben von Lehrkräften, einschließlich der Mentorentätigkeit. Sie erhalten für ihre Arbeit die EG 9 und können nach der Entgeltordnung in die E 10 höhergruppiert werden. Aus Sicht der GEW ist das zu wenig.

Große Netto-Unterschiede zwischen Angestellten und Beamten

Und letztlich gibt es weiterhin keine Lösung für die großen Unterschiede im Netto-Einkommen von angestellten und verbeamteten Lehrkräften, auch wenn diese bei gleicher Ausbildung und gleicher Arbeit →

→ den vergleichbaren Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen zugeordnet sind. Der Unterschied im Netto-Einkommen zwischen der Besoldung nach A 13 und der Eingruppierung in die E 13 beträgt mehrere hundert Euro im Monat. Da es ziemlich willkürlichen Entscheidungen unterliegt, ob das Land seine Lehrkräfte verbeamtet oder ob individuelle Gründe gegen eine Verbeamtung sprechen, wird es somit dem Zufall überlassen, wer im gleichen Lehrzimmer wie viel im Portemonnaie nach Hause trägt. So kann die Zukunft der Bezahlung im öffentlichen Dienst mit Sicherheit nicht aussehen.

GEW wird nicht kapitulieren

Um diese großen Benachteiligungen in der Lehrerbezahlung zu beseitigen, bedarf es noch vieler Anstrengungen – vermutlich über weitere Jahre und über mehrere Tarifrunden. In vielen kleinen und auch größeren Schritten sind wir in den letzten 20 Jahren durch unermüdliche Auseinandersetzung auf dem Weg zu einer gerechten Bezahlung aller Lehrkräfte weit vorangekommen. Mehr als zwei Drittel aller Lehrkräfte erhalten in Sachsen-Anhalt heute schon eine Bezahlung nach A 13/E 13. Es bleibt aber einer unserer

zentralen gewerkschaftlichen Aufgaben, sich dafür einzusetzen, dass gleichwertige Arbeit auch gleich – und insgesamt gut – bezahlt wird. Dafür werden wir an jeder geeigneten Stelle und bei jeder geeigneten Gelegenheit weiter kämpfen – in kleinen und größeren Schritten. Wir sind überzeugt, dass die Zeit längst reif ist für die geforderten Veränderungen und nicht noch einmal 20 Jahre ins Land gehen werden, bis alle Kolleginnen und Kollegen für ihre gleichwertige und gleichschwere Arbeit auch die gleiche Anerkennung und die gleiche Bezahlung erhalten.

Thomas Lippmann

Pädagogische Mitarbeiter/innen mit Lehrbefähigung: Kultusministerium nicht für Nachbesetzungen

Angesichts steigender Schülerzahlen und der personellen Engpässe, die an den Schulen Sachsen-Anhalts immer sichtbarer werden, fasste der Landeshauptausschuss der GEW Ende November den Beschluss, Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Lehrbefähigung bei einer Bewerbung auf ausgeschriebene Stellen für Lehrkräfte zu unterstützen. So könnte gerade in Grund- und Förderschulen aber auch in den sich entwickelnden Sprachklassen einer weiteren Verschärfung der Personalnot entgegen gewirkt werden. Die durch einen solchen Wechsel in die Lehrtätigkeit freiwerdenden Stellen sollten umgehend und verbindlich mit qualifiziertem Fachpersonal wiederbesetzt werden.

In einem Brief an den Ministerpräsidenten, Dr. Reiner Haseloff, führte Thomas Lippmann stellvertretend für den Landesvorstand die Argumente für dieses Anliegen zusammen. Er wies darauf hin, dass bereits jetzt trotz wiederholter Ausschreibungen nicht alle

Stellen besetzt werden können und dass sich eine Fortsetzung und Verstärkung dieser Entwicklung abzeichnet. Bevor in großem Umfang auf Seiteneinsteiger ohne Lehrerausbildung zurückgegriffen wird, wäre es sinnvoll, zunächst Lehrkräfte mit einer entsprechenden Ausbildung einzustellen.

Die Antwort darauf erreichte die GEW Mitte Dezember durch einen Brief des Staatssekretärs im Kultusministerium, Dr. Jan Hofmann. Eine Erhöhung der Schülerzahlen und zusätzliche Anforderungen an das Schulsystem werden darin nicht bestritten. Allerdings widerspricht das Kultusministerium der Auffassung, dass es bei der Besetzung der ausgeschriebenen Stellen „zu erheblichen Problemen gekommen ist“. Über das Ländertauschverfahren würden inzwischen mehr Lehrkräfte nach Sachsen-Anhalt wechseln. Die Situation bei der Personalgewinnung habe man im Blick und richte seine Strategien entsprechend aus. Die Überlegungen gingen dabei auch in die Richtung, Beschäftigte aus dem Bereich der Pädagogischen Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter zu „reaktivieren“. Völlig den Intensionen der GEW entgegen steht allerdings die Aussage, dass durch die im Personalentwicklungskonzept vorgesehene Reduktion des Personalbestandes eine Nachbesetzung freiwerdender Stellen „nicht abgeleitet werden kann“.

Mit diesen Ausführungen wird ersichtlich, dass ein Wechsel Pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lehrtätigkeit nur in geringem Umfang stattfinden wird. Die Versorgung der Schulen mit Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern droht durch die Nichtnachbesetzung noch schneller zusammenzubrechen; die Baustellen in der Personalausstattung werden damit nicht weniger. Die Landesregierung sieht jedoch nach wie vor nur wenig Bedarf, hier nachzusteuern. Das Konzept zur Personalentwicklung, d.h. weiterer Personalabbau trotz Mangel, scheint den Verantwortlichen nach wie vor wichtiger als die Notlage an vielen Schulen.

Alexander Pistorius

Paritätische Tarifgemeinschaft: Verhandlungen in der Sackgasse

Die Paritätische Tarifgemeinschaft (PTG) verhandelt derzeit mit der GEW über die Überleitung des Nicht-Kita-Bereiches in die TVöD-Eingruppierungsregelungen.

Hintergrund ist die Tarifeinigung für den Nicht-Kita-Bereich aus dem Jahr 2014. In der Niederschrift über die Tarifverhandlungen der Paritätischen Tarifgemeinschaft mit der GEW Sachsen-Anhalt und ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 9. Oktober 2014 in Magdeburg ist folgendes geregelt: „Im 1. Quartal 2015 verständigen sich die Tarifvertragsparteien auf eine Vergleichbarkeit der Tarifverträge PTG und TVöD im Hinblick auf die Eingruppierung und Tabellenstruktur. Die Tätigkeitsmerkmale der PTG-Eingruppierung werden in das TVöD-System integriert und ergänzt.“

Verhandlungsmarathon bislang ohne Ergebnis

Im Frühjahr 2015 wurde ein Verhandlungsfahrplan entwickelt, um in der 18er-Verhandlungsgruppe (6x ver.di, 6x GEW, 6x PTG) diese Niederschriftserklärung mit Leben zu erfüllen. Nahezu monatlich hat die Verhandlungsgruppe seit Juli getagt. Zur letzten Sitzung der Verhandlungsgruppe für das Jahr 2015

am 10. Dezember wurde die große GEW-Tarifkommission für den PTG-Bereich hinzugezogen, um über Zwischenergebnisse, Konflikte und offene Punkte zu berichten. Die Lage ist sehr schwierig, da die Arbeitgeberseite die gewerkschaftlichen Positionen nicht teilt. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen nicht allein Detailregelungen, sondern sogar grundsätzliche Fragen. Es gibt bislang kein belastbares Gesprächsergebnis, geschweige denn ein Tarifiergebnis. Am 10. Dezember 2015 wurde wenigstens ein Verhandlungsprotokoll angefertigt, wo versucht worden ist, gemeinsame Positionen bzw. Dissenspunkte festzuhalten: „Hinsichtlich der Vergleichbarkeit zwischen der PTG-Eingruppierungs- und Tabellenstruktur mit der TVöD-Eingruppierungs- und Tabellenstruktur haben die Tarifvertragsparteien ihre Vorschläge vorgestellt. Die Gewerkschaften ver.di und GEW halten an der im Rahmen der Niederschrift vom 9. Oktober 2014 vereinbarten Wirksamkeit der TVöD-Eingruppierungs- und Tabellenstruktur fest. Die Gewerkschaften ver.di und GEW können es sich gleichwohl vorstellen, die nicht im TVöD geregelte Eingruppierung von Teamleitungen beziehungsweise für die im TVöD nicht erfassten Tätigkeitsmerkmale (besondere Beschäftigtengruppen im Bereich

der PTG) eine Volltextregelung zu treffen. Insbesondere für Teamleitungen bestehen seitens der Gewerkschaften keine Bedenken, Zulagenregelungen zu treffen. Auf eine gemeinsame Sprachregelung zu den Inhalten der Verhandlungsgruppe wird verzichtet.“ Die bisherigen Gespräche und Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite sind nach Einschätzung der GEW in eine Sackgasse geraten. Es wurde ein neuer Termin für die 18er-Verhandlungsgruppe vereinbart: Am 21. Januar 2016 soll ein weiterer Anlauf erfolgen, die Probleme zu lösen.

Info-Veranstaltungen geplant

Die GEW wird im Januar und Februar 2016 im Rahmen von Betriebsversammlungen, Teilbetriebsversammlungen und offenen Mitgliederversammlungen die Beschäftigten im Nicht-Kita-Bereich bei Trägern, die Mitglied der paritätischen Tarifgemeinschaft sind, ausführlich informieren. Wir bitten um rege Teilnahme, da wir über das weitere Vorgehen beraten müssen! Für den Norden stehen Kollege Andreas Kubina (andreas.kubina@gew-lsa.de) und für den Süden Kollegin Angelique Leuckefeld (angelique.leuckefeld@gew-lsa.de) gern zur Verfügung.

Daniel Merbitz

Als vor wenigen Wochen der Stellvertretende Bezirksvorsitzende des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt

Parteiprogrammatik auf dem Prüfstand: Bildung ist bei CDU und SPD Wahlkampfthema

und Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt, Udo Gebhardt, auf dem CDU-Landesparteitag „dem Reiner“ viel Erfolg bei der kommenden Landtagswahl wünschte, haben sich – vorsichtig ausgedrückt – viele GEW-Mitglieder gewundert. Das konnte mit dem satzungsbegründenden Prinzip der parteipolitischen Neutralität des DGB als Einheitsgewerkschaft wohl nicht gemeint sein. In diesem Punkt waren sich auch die Medien und viele Stimmen aus den DGB-Einzelgewerkschaften einig.

Später – nach zum Teil heftiger innergewerkschaftlicher Kritik – erklärte auch Gebhardt selbst, dass der DGB programatisch eher mit der SPD und der LINKEN konform ginge. Das schien – liest man die gewerkschaftlichen Forderungen der DGB-Gewerkschaften zur Landtagswahl 2016 – schon eher nachvollziehbar. Trotzdem beinhaltet so eine Aussage keinerlei Parteinahme und schon gar keine Wahlempfehlung.

Wohl wissend, dass die GEW ebenfalls der parteipolitischen Neutralität verpflichtet ist, hatte die Redaktion von EuW rechtzeitig die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der jetzigen Landtagsparteien gebeten, sich zu den bildungs- und wissenschaftspolitischen Positionen der GEW zu äußern. Dr. Reiner Haseloff für die CDU, Wulf Gallert für DIE LINKE, Katrin Budde für die SPD und Prof. Dr. Claudia Dalbert für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich dieser Aufgabe gestellt. Nach Durchsicht ihrer Beiträge hat sich die Redaktion entschieden, zuerst die beiden jetzigen Regierungsparteien zu Wort kommen zu lassen. In der Februar-Ausgabe der EuW werden dann die Positionen der beiden Oppositionsparteien zu lesen sein.

Absicht dieses Vorgehens ist es, den Mitgliedern der GEW und all jenen, die ebenfalls mit Interesse unsere Mitgliederzeitung lesen, die Möglichkeit der vorbehaltlosen Meinungsbildung zu eröffnen. Natürlich kann man darüber hinaus auch Wahlprogramme lesen, sich in das Wahlkampfgetümmel aus Foren und Kundgebungen stürzen oder auch mal versuchen, mit den Kandidatinnen und Kandidaten selbst ins Gespräch zu kommen. Aus Erfahrung wissen wir, dass Wahlprogramme leider das Papier nicht wert sind, auf denen sie gedruckt wurden, deshalb ist die wohl immer noch beste Methode, seine Favoriten zu finden, die Wirkungen und Ergebnisse der Politik zu bewerten. Das geht bekanntlich leichter bei den regierungstragenden Parteien als bei denen in der Opposition.



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

Aus der Sicht der GEW ist eine kontinuierliche Fortführung der gegenwärtigen Politik, die nun mal von einer CDU-geführten und SPD-assistierten Landesregierung betrieben wird, für den gesamten Bildungsbereich eher schädlich, für abhängig Beschäftigte, darunter viele GEW-Mitglieder, unerträglich und eine ziemlich düstere Vorstellung.

Die desolate Unterrichtsversorgung und der bevorstehende zerstörerische Lehrkräftemangel wie die bundesweit schlechtesten Rahmenbedingungen für die Bildung in Kindertageseinrichtungen sowie die weiter vorangetriebene strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen liegen auf der Hand. Sie sind alle erst in den letzten Jahren entstanden bzw. voran getrieben worden. Dagegen soll seitens des konservativen Lagers das bisschen Gesamtschul- bzw. Gemeinschaftsschulentwicklung, das in den Jahren seit der Wende mühsam entstanden ist, einkassiert und zum wiederholten Mal ein roll back hin zu einem „lupenreinen“ selektiven gegliederten Schulsystem betrieben werden. Die geschürten Legenden, dass DIE LINKE und die GEW das Gymnasium abschaffen wollen, sind purer und dazu auch noch primitiver Wahlkampf.

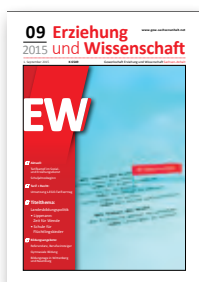
Ein schuldenfreier Haushalt bleibt zumindest für die CDU das alleinige Maß der Dinge, koste es, was es wolle. Schon jetzt fehlen die Instrumente, um die Suppe auszulöffeln, die dem Land mit zehn Jahren rigider Kürzungspolitik eingebracht wurde.



→ **Ermutigungen zu einer modernen Bildungs- und Wissenschaftspolitik, zu einer aufgabengerechten Personalausstattung des öffentlichen Dienstes und in diesem Zusammenhang auch zu einem Bekenntnis für eine Steigerung der öffentlichen Einnahmen durch eine gerechte Besteuerung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften, die dem Bildungssystem insgesamt zu Gute kommen, gehen von der GEW aus.** Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten waren durch die Redaktion gebeten worden, sich an den schon im vergangenen Sommer vorgelegten „Forderungen an die Wahl- bzw. Regierungsprogramme“ zu orientieren (→ **EuW 9/2015 Seite 8**). Die Einschätzung, ob und wie es gelungen ist, diese Bitte zu erfüllen, bleibt unseren Leserinnen und Lesern vorbehalten. Nun könnte jemand auf die Idee kommen zu fragen – im Hintergrund Erfahrungen aus Sachsen und Thüringen –, warum nicht etwa auch die AfD berücksichtigt wurde. Selbst bei wohlwollender Suche nach Aussagen zu Bildung, Wissenschaft, Kinderbetreuung, Familien-,

Finanz-, Tarif- und Personalpolitik wird man nicht fündig. Aber Fremden- und Menschenfeindlichkeit, Rassismus und billigsten Populismus findet man zu Hauf. Zu Recht haben die jetzigen Landtagsparteien ausgeschlossen, mit diesen politischen Hasardeuren zusammenzuarbeiten. Das gilt auch für die GEW und sollte auch für alle gelten, die sich humanistischen Bildungsidealen verpflichtet fühlen. Und weil wir gerade dieses Thema angesprochen haben: Jede und jeder, der seine Stimme, aus welchen Gründen auch immer, gar nicht abgibt, überlässt diesen Volksverführern, die wirklich keine „Alternative“ sind, das Feld.

Auch deshalb werden wir als EuW vom Januar bis März zur Meinungsbildung zu den Landtagswahlen am 13. März Angebote machen. Es geht dabei allerdings nicht nur gegen diese Feinde der Demokratie, die mit einer grundgesetzwidrigen Flüchtlingspolitik hausieren gehen, es geht natürlich auch – wie in den Wahlen zuvor – um bessere Bildung, Wissenschaft und Kindererziehung.



CDU-Spitzenkandidat Dr. Reiner Haseloff:

Programmatische Ziele der CDU in den Bereichen Bildung, Erziehung und Personalentwicklung

Eine umfassende Bildung der Schülerinnen und Schüler ist ein bleibender Schwerpunkt der CDU-Landespolitik. Hierbei sind Bildungsqualität und Leistungsgerechtigkeit Maßstäbe unserer Bildungspolitik. Die individuellen Leistungen der Schülerin oder des Schülers sollen über den Bildungsweg entscheiden und nicht Herkunft und Status der Eltern.

Ganzheitliche schulische Bildung umfasst die Vermittlungen von Kenntnissen und Fertigkeiten, aber auch von Werten und Normen. Mit der Regierungsbildung 2002 wurden durch die CDU Maßnahmen der Qualitätssicherung eingeführt, die in der Folge zu guten Platzierungen der Schülerinnen und Schüler unseres Landes in den regelmäßigen bundesweiten Leistungsvergleichen geführt haben. Dies gilt es fortzusetzen.

Wir werden deshalb die Vielfalt unserer Schullandschaft erhalten und den Bestand des Gymnasiums sichern.

Hierzu gehören auch die Schulen in freier Trägerschaft, die wir als gleichberechtigte Schulform weiterhin verlässlich finanzieren werden. Wir sprechen uns darüber hinaus für den Erhalt des Systems der Förderschulen, unter Fortsetzung der inklusiven Beschulung mit Augenmaß, aus.

Wir werden die gegenwärtig in Sachsen-Anhalt vorhandenen unterschiedlichen Schulformen, die alle ihre Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I zu den gleichen Abschlüssen führen, mit der „Oberschule“ zusammenführen. Dabei ist die Durchlässigkeit zwischen Oberschule und Gymnasium zu gewährleisten.

Wir werden die verbindliche Schullaufbahnenempfehlung auf der Basis von Schuljahresleistungen sowie den Ergebnissen von zentralen Arbeiten in den Kernfächern Deutsch und Mathematik im Schuljahrgang 4 wieder einführen. Die Schulabbrecherquote ist weiter deutlich zu senken.

Wir werden weiterhin vorbehaltlos zu einem Abitur nach 12 Jahren stehen.

Wir werden auch zukünftig ein bedarfsgerechtes und stabiles Schulnetz im gesamten Land sicherstellen. Hierzu wollen wir mit der Einführung des Grundschulverbandes kleine Grundschulen in dünn besiedelten Regionen erhalten, um möglichst wohnortnahe Schulstandorte mit kindgerechten und landesweit qualitativ vergleichbaren schulischen Angeboten zu bieten.

Wir werden auch kleine aber bestandsfähige Grundschulen an der Schulbauförderung teilhaben lassen.

Der beste Unterricht für unsere Kinder heißt fördern und fordern. Maßstab unserer Schulpolitik bleibt eine klare Leistungsorientierung des Schulwesens. Gute Bildungspolitik ist deshalb die beste Sozialpolitik.

Das Erlernen der Druck- wie auch der Schreibschrift muss als Kulturtechnik in unserem Bildungskanon Bestand haben und steht für uns nicht zur Disposition. Zum Leistungsprinzip gehören auch klare Rückmeldungen für Schülerinnen, Schüler und Eltern bezüglich Leistungsfähigkeit und Verhalten. Deshalb werden wir an dem bekannten System der Zensuren festhalten und auch das Wiederholen von Schuljahrgängen soll weiterhin zum pädagogischen Instrumentarium gehören. Ziel unserer Schulpolitik ist es, die Quote der Schüler ohne anerkannten Abschluss zu verringern, ohne jedoch die fachlichen Anforderungen zu senken. Erfolgreich eingeführte Projekte wie „Produktives Lernen“ und die Hochbegabtenförderung sollen verstetigt werden.

In der kommenden Legislaturperiode stehen wir vor einer großen Herausforderung in der Personalplanung unseres Landes sowie die darauf ausgerichtete Lehrerbildung. Bei annähernd konstanten Schülerzahlen werden in den kommenden Jahren viele Lehrkräfte den aktiven Schuldienst verlassen. Hinzu kommt ein steigender Ressourcenbedarf bei der Umsetzung der Inklusion und der Beschulung von Flüchtlingskindern. Für die Absicherung des Unterrichts im gegenwärtigen Umfang braucht das Land in jedem Schuljahr einen ausreichend bemessenen Einstellungskorridor für junge Lehrerinnen und Lehrer.

Wir werden durch eine kontinuierliche und verlässliche Einstellungspolitik dem bevorstehenden Generationenwechsel bei den Lehrkräften begegnen. Dabei muss der bedarfsgerechten Ausbildung des Lehrernachwuchses höherem Wert beigemessen und die Voraussetzung für den Einsatz von Seiteneinsteigern als Lehrkräfte entwickelt werden. Wir wollen deshalb die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen auf den zukünftigen Bedarf der einzelnen Schulformen und Fächerkombinationen anpassen. Weitere Schritte müssen für eine Erweiterung der Kapazitäten der Staatlichen Seminare für Lehrämter und die Einrichtung neuer Standorte außerhalb der Oberzentren eingeleitet werden.

Die Hochschulen unseres Landes benötigen auch in Zukunft stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Daher werden wir, ausgehend von den bestehenden Hochschulstrukturplanungen und Zielvereinbarungen, gemeinsam mit den Hochschulen an der weiteren Profilierung und Stärkung unseres Hochschulsystems arbeiten. Dazu gehört neben exzellenter Lehre und Forschung auch die strategische Aufgabe, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu verbessern, damit die Innovationskraft und die Dynamik in Sachsen-Anhalt erfolgreich gestärkt werden.

Dazu werden wir uns für ein neues Landesforschungsprogramm einsetzen, das diese Prämissen berücksichtigt.

Die neuen Möglichkeiten, die die Regelungen des Artikels 91b

CDU



[www.cdusa.de/
fileadmin/upload/
bilder/2015/
wahl2016/Regie
rungsprogramm_
CDUSA_05_12_
2015_...pdf](http://www.cdusa.de/fileadmin/upload/bilder/2015/wahl2016/Regierungsprogramm_CDUSA_05_12_2015_...pdf)

➔ des Grundgesetzes bieten, wollen wir nutzen, um gemeinsam mit dem Bund Programme und Projekte zu entwickeln, die die Hochschulen dabei unterstützen, ihre nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und ihre Profilbildungen voranzutreiben. Auch die bestehenden Programme wie der Hochschulpakt und die Entlastung durch die BAFÖG-Mittel können dabei helfen. Die Karrierechancen gut ausgebildeter Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler wollen wir verbessern. In die dazu laufenden Diskussionen auf Bundesebene werden wir uns aktiv einbringen. Allerdings darf nicht verkannt werden, dass gerade für die Dynamik und Qualität im deutschen Wissenschaftssystem die Befristung von Qualifizierungsstellen eine Grundvoraussetzung ist. Dass deren Ausgestaltung verbessert werden muss, wird unser Anliegen sein.

SPD-Spitzenkandidatin Katrin Budde:

Für ein starkes, innovatives, selbstbewusstes Sachsen-Anhalt: Bildung steht im Zentrum

Vor gut einem Jahr hat die SPD begonnen, an ihrem Programm für die Landtagswahl 2016 zu arbeiten. Das ist immer ein Moment, in dem man viele Ratschläge bekommt: Dieses muss eine Hauptforderung werden, jenes braucht ein eigenes Kapitel, dazu würde ich mich nur ganz knapp äußern. Solche Tipps sind wichtig für den Prozess der Programmfinding, aber nicht jeder Rat ist ein guter Rat.

Wirklich ungewöhnlich war im vergangenen Jahr vor allem ein Vorschlag: Wir sollten doch die Themen Schule und Hochschule möglichst niedrig hängen. Das sei kein Gewinnerthema. Zu viele Konflikte. Zu viele Baustellen.

Nein, diesem Rat sind wir nicht gefolgt. Denn alles spricht dafür, Bildung in den Mittelpunkt des politischen Wettstreits zu stellen. Erstens ist es für die ganze Gesellschaft ein „Gewinnerthema“, denn durch eine Politik für Bildung und Innovation gewinnen alle. Zweitens ist es für die Sozialdemokratie eine Frage der politischen Identität, denn Bildungsteilhabe ist für uns eine der wichtigsten Grundlagen für mehr soziale Gerechtigkeit. Und drittens können wir auf den Baustellen, an denen bildungspolitisch in der nächsten Wahlperiode weitergearbeitet werden muss, dazu beitragen, dass Sachsen-Anhalt noch leistungsfähiger und lebenswerter wird.

Deshalb stehen für die SPD Sachsen-Anhalt Bildung und Wissenschaft im Mittelpunkt einer Politik für ein starkes, innovatives und selbstbewusstes Sachsen-Anhalt. Die GEW als Bildungsgewerkschaft bleibt dabei für uns einer der wichtigsten Partner.

Bildung ist der Schlüssel zur Welt – von Anfang an

In Sachsen-Anhalt haben wir besonders gute Voraussetzungen dafür, schon mit den Kleinsten an elementaren Bildungsprozessen zu arbeiten. Die flächendeckend sehr gute Betreuungsinfrastruktur bietet alle Chancen dafür, soziale und individuelle Bildungshürden abzubauen, allen Kindern die Möglichkeit zur Bildungsteilhabe zu eröffnen und ihre Lernfähigkeiten zu stärken.

Mit der Rückkehr zum Ganztagsanspruch für alle Kinder, unabhängig von ihrem familiären Hintergrund, haben wir deshalb einen ganz wichtigen Schritt für Bildungsgerechtigkeit in Sachsen-Anhalt getan. Diese Entscheidung war verbunden mit der Stärkung der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten und der stärkeren Einbeziehung der Eltern.

Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Unser wichtigstes Ziel ist dabei die Sicherung und Steigerung der Qualität von Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung. Deshalb müssen wir insbesondere dafür sorgen, dass gute Betreuungsschlüssel nicht nur auf dem Papier stehen. Urlaub und Krankheitszeiten müssen in ausreichendem Maße angerechnet werden, und für Leitungstätigkeiten muss es ausreichende Freistellungszeiten geben.

Dafür wurde im KiFöG neben den Vereinbarungen auf kommunaler Ebene auch das Instrument der landesweiten Rahmenvereinbarung geschaffen. Wenn wir feststellen müssen, dass dies nicht greift, werden wir entsprechende Regelungen per Rechtsverordnung schaffen.

Qualität hat ihren Preis. Deshalb muss sichergestellt werden, dass alle Erzieherinnen und Erzieher in Sachsen-Anhalts Kitas tarifgerecht bezahlt werden. Nur Träger, die die Anwendung der entsprechenden tarifvertraglichen Regelungen einhalten, dürfen öffentliche Zuwendungen erhalten.

Wir wissen, dass diese Maßnahmen nicht zum Nulltarif zu haben sind. Deshalb bekennen wir uns in unserem Programm dazu, die Landespaschalen entsprechend anzupassen. Eine übermäßige Belastung der Eltern – auch zum Zweck einer Entlastung der kommunalen Haushalte – darf es nicht geben.

Kein Kind zurücklassen: gemeinsam besser lernen

Für die weitere Entwicklung unserer Schulen gilt dasselbe wie für die Kitas: Auf die Qualität kommt es an. Wir haben zu viele Jahre hinter uns, in denen wir uns im öffentlichen bildungspolitischen

Diskurs nur über Strukturen unterhalten haben: über die Schuldauer bis zum Abitur, über die Orientierungsstufe, über Schulgrößen und Lehrerzahlen. Was uns fehlt, ist ein wirklicher gesellschaftlicher Verständigungsprozess darüber, was Schule im 21. Jahrhundert leisten können und wie sie dafür aufgestellt sein muss.

Welche Kernkompetenzen brauchen Schülerinnen und Schüler heute? Auf welche Lebens- und Berufsrealitäten muss Schule vorbereiten? Wie kann Schule dabei helfen, dass sich junge Menschen aktiv und selbstbewusst in die demokratische Gesellschaft einbringen und ihre Interessen vertreten? Welche Vermittlungskompetenzen müssen Lehrerinnen und Lehrer erwerben? Und: Was müssen uns gute Schulen wert sein?

Alles Fragen, die ein Fachpublikum – wie die Leserinnen und Leser dieser Zeitung – seit langem umtreiben, über die es aber in Sachsen-Anhalt keine breite politische Debatte gibt.

Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land stellen sich schon heute weit über normale berufliche Anforderungen hinaus laufend neuen Herausforderungen und verarbeiten sie produktiv in ihrem Unterricht.

Für unsere Schulpolitik gilt weiterhin die Maßgabe: Die Herkunft eines Menschen darf nicht über seine Zukunft entscheiden. Deshalb gehen wir den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen weiter.

Wir werden die erfolgreiche Schulform Gemeinschaftsschule weiterentwickeln. Denn mit mehr Gemeinschaftsschulen sichern wir auch im ländlichen Raum ein breites und erreichbares Schulangebot mit allen Abschlüssen. Kein Wunder deshalb, dass diese Schulform in vielen Regionen schon heute ein echtes Erfolgsmodell ist. Schulleitungen, Elternvertretungen und Kommunalpolitiker – gerade auch solche von der CDU – entscheiden sich vor Ort ganz bewusst für das Modell. Nicht nur weil es Schulstandorten eine nachhaltige Existenz sichert, sondern auch weil längeres gemeinsames Lernen pädagogischen Erfolg bringt. Und das findet Anerkennung, jenseits aller ideologischen schulpolitischen Debatten.

Wir streben ein Angebot an Gemeinschaftsschulen in allen Regionen Sachsen-Anhalts an. Die bisherige Erfolgsgeschichte dieser Schulform zeigt: Das geht auch ohne zentrale Vorgaben, denn das gute Beispiel macht Schule. Wir wollen allerdings weitere Anreize schaffen, sich für längeres gemeinsames Lernen zu entscheiden.

Die Forderung der GEW, dass Gemeinschaftsschulen bis zur 9. Klasse die gleichen Lehrpläne wie Gymnasien anbieten sollen, finde ich richtig. Wir wollen zudem in der nächsten Wahlperiode die gesetzliche Möglichkeit zur Kooperation mehrerer Gemeinschaftsschulen mit einer gemeinsamen Oberstufe schaffen, damit mehr Gemeinschaftsschulen den Weg bis zum Abitur anbieten können.

Als gleichberechtigte Variante sieht unser Wahlprogramm die Bildung von Gemeinschaftsschulen mit dem Angebot eines 13jährigen Wegs zum Abitur vor. Mit einer neuen Generaldebatte über zwölf- oder 13jährige Schulzeit hat das aber nichts zu tun – eine solche Debatte brauchen wir nicht.

Immer mehr Schulen entwickeln sich zu Ganztagschulen. Sie bieten mehr Zeit fürs Lernen, für die individuelle Förderung von Begabungen und für das Ausprobieren verschiedener Angebote. Diesen Weg wollen wir unterstützen und die Anzahl der Ganztagschulen Jahr für Jahr erhöhen.

Die derzeit unterschiedliche institutionelle Anbindung von Schule und Hort darf kein Hinderungsgrund für eine qualitative Verbesserung des Bildungsangebots für unsere Kinder sein. Wir wollen einen Schritt weiter gehen: von der Ganztagsbetreuung zur Ganztagschule. Deshalb werden wir Hort und Schule für ein ganztägiges Bildungsangebot verknüpfen.



www.spd-sachsen-anhalt.de/files/wahl2016/wahlprogramm2016.pdf

➔ Klar ist: Mehr Qualität gibt es nur mit ausreichendem Personal. Eine solide Unterrichtsversorgung muss in allen Regionen Sachsen-Anhalts eine Selbstverständlichkeit sein – dafür stehe ich ein. Wir sorgen für eine flächendeckende Unterrichtsversorgung durch vorausschauende Lehramtsausbildung und nachfolgende zügige Neueinstellungen.

Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung wollen wir dem Bildungsbereich ein festes Budget von Stellen und Personalmitteln bereitstellen, mit dem planbar und flexibel gearbeitet werden kann. Dazu gehört ein fester Rahmen für tarifgerecht bezahlte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Beratungs- und Förderlehrkräfte in allen Schulformen. Über solche multiprofessionellen Teams zu verfügen, ist eine unverzichtbare Kompetenz für eine moderne Schule.

Um die Einstellungsbedarfe der nächsten Jahre decken zu können, benötigen wir deutlich mehr Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen. Neben einer dem Lehrerberuf angepassten Erweiterung der Kapazität an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg soll auch die Wiedereinrichtung der Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg geprüft werden.

Gemeinsam mit den Hochschulen muss die Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt zeitgemäß fortentwickelt werden. Wir wollen eine Lehrerausbildung, die inklusive Bildungsarbeit aufgreift, einen höheren Praxisbezug hat und stärker schulstufen- und schulformübergreifend erfolgt. Wir wollen das Ansehen und die Attraktivität des Lehrerberufes steigern.

Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung gehört für uns aber auch, die Zugangsmöglichkeiten für Quereinsteiger zu erweitern. Die Erfahrungen, die jetzt bei der Einstellung von Lehrkräften für Sprachklassen und -gruppen gesammelt werden, sollten auch für die reguläre Einstellungspraxis genutzt werden. Dazu gehört auch die zügige Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Ob wir es schaffen, kein Kind zurückzulassen – dafür ist auch die Integration von Flüchtlingskindern und anderen Zuwandererkindern eine echte Herausforderung, aber auch eine große Chance. Die rasche Etablierung der Sprachklassen und -gruppen zu Beginn dieses Schuljahres ist ein erfolgreicher Beginn für einen langfristig angelegten Integrationsprozess in der Schule. Eine verstärkte interkulturelle Erziehung soll dabei helfen, Unterschiede kennenzulernen, Hemmschwellen abzubauen und Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Kein Kind zurücklassen, das heißt erst recht: Bildung muss inklusiv sein. Wir werden in Sachsen-Anhalt das inklusive Lernen weiterentwickeln. Guter gemeinsamer Unterricht fördert alle Kinder. Die hierzu

notwendigen materiellen und personellen Ressourcen werden wir bereitstellen. Dazu gehören auch entsprechende Fortbildungen sowie Barrierefreiheit und eine angemessene Ausstattung.

Perspektiven der Hochschulentwicklung: die besten Köpfe für Sachsen-Anhalt

Nachdem in den letzten Jahren vor allem fiskalisch über die Struktur der Hochschulen diskutiert wurde, brauchen die Hochschulen jetzt erst einmal Zeit und Beständigkeit, um mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und unter Beteiligung ihrer Selbstverwaltungsgremien die eigene Entwicklung voranzutreiben.

Zur Beständigkeit gehört es, dass die getroffenen Vereinbarungen, vor allem zu den laufenden Zielvereinbarungen 2015 bis 2019, gelten. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Hochschulen die von ihnen beschlossenen Entwicklungsschritte während der Laufzeit der Zielvereinbarungen bis Ende 2019 umsetzen können.

Dabei wächst gerade der Garantie, dass spätestens 2020 die Tarifsteigerungen und der Inflationsausgleich vollständig vom Land getragen werden, eine entscheidende Rolle zu. Diese spürbare Entlastung der Hochschulen gibt ihnen eine verlässliche, auskömmliche Grundfinanzierung.

Die künftige Kofinanzierung der Wissenschaft durch den Bund verschafft dem Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt schon jetzt eine jährliche Entlastung von rund 30 Millionen Euro alleine aus der Übernahme der BAföG-Finanzierung. Diese Mittel stellen wir den Haushalten für Bildung und Wissenschaft vollständig zur Verfügung. Gute Arbeit ist das übergeordnete Ziel sozialdemokratischer Politik für Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren. Gute Arbeit muss es auch an den Hochschulen unseres Landes geben. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse wollen wir überwinden. Wir setzen uns daher für eine Kombination aus unbefristeten Strukturstellen und länger befristeten Qualifizierungsstellen ein und werden die Stellenpläne der Hochschulen dementsprechend anpassen. Eine auch im Gutachten des Wissenschaftsrats vorgeschlagene Quote von unbefristeten Anstellungsverhältnissen von 20 bis 25 Prozent ist aus unserer Sicht viel zu gering.

Zur Eindämmung von prekären Beschäftigungsverhältnissen werden wir im Dialog mit den Hochschulen verbindliche Mindeststandards verabreden. Beschäftigungen unterhalb einer halben Stelle und mit weniger als einem Jahr Laufzeit entsprechen für uns nicht den Anforderungen an faire Arbeit.

Der gebührenfreie Zugang zum Studium ist für die SPD auch künftig nicht verhandelbar. Nur so lässt sich verhindern, dass soziale Herkunft über den Zugang zur akademischen Ausbildung entscheidet.



Aus den gewerkschaftliche Forderungen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016: Gewerkschaften mit klaren Vorstellungen für eine neue Lan

Eine neue Landespolitik muss auf globale Veränderungen reagieren und sie im eigenen Land gestalten. Dazu gehören informationstechnische und technologische Entwicklungen in der digitalisierten Arbeitswelt, der demografische Wandel, Bedarf und Entwicklung von Fachkräftepotenzialen wie auch die Anforderungen an Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Handel und Migration. Deshalb fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) von den politischen Parteien und Akteuren in Sachsen-Anhalt:

- die Förderung tariflich gesicherter Guter Arbeit,
- die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Kultur,
- die Modernisierung und ausreichende Bemessung der öffentlichen Dienste,
- Rahmenbedingungen für ein ausreichendes Fachkräftepotenzial,
- handlungsfähige und sichere Städte, Gemeinden und Landkreise,
- die Stärkung des demokratischen Engagements in der Zivilgesellschaft.

Bildung

Ziel moderner Bildungspolitik muss die soziale Chancengleichheit sein. Dieser Grundsatz soll die Praxis aller Bildungseinrichtungen bestimmen. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Alle Formen individueller Kostenbeteiligung (u.a. Kita-Gebühren und Lernmittelkosten) lehnen wir ab. Die Betreuungsrelationen in Krippen und Kitas müssen verbessert werden. Erzieherinnen und Erzieherinnen ist mehr Zeit für Bildungsarbeit zu gewährleisten.

Sachsen-Anhalt braucht Schulen, die fördern statt aussortieren. Wir fordern längeres gemeinsames Lernen für alle. Die Ausstattung mit Lehrkräften, pädagogischem Personal sowie Sozialarbeitern und Sozi-

alarbeiterinnen muss deutlich verbessert werden. Nur so können die Unterrichtsversorgung gesichert, Ganztagschulen bedarfsgerecht ausgebaut und Inklusion in allen Bereichen umgesetzt werden.

Während der Berufsausbildung soll die Beschulung möglichst nah am Wohn- und Ausbildungsort realisiert werden. Fahrkosten zu Ausbildungsbetrieb und Berufsschule müssen bezahlbar sein. Die Einführung eines „Azubitickets“ ist zu prüfen.

Im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf muss die direkte Vermittlung in die Ausbildung Priorität haben. Voraussetzung für gute Ausbildung ist eine verbindliche Berufs- und Studienorientierung in allen Schulformen.

Die aktuellen Kürzungen bei Universitäten und Hochschulen sind zurückzunehmen. Wir brauchen langfristig sichere Budgets – auch durch den Ausgleich von Inflation und Tarifsteigerungen. Mittel für den Hochschulpakt müssen voll ausgeschöpft werden. Frei gewordene BAföG-Bundesmittel sollen in die Grundfinanzierung der Hochschulen einfließen.

Die Öffnung der Hochschulen für Studierende ohne klassischen Hochschulzugang muss nachhaltig gefördert werden.

Weiter bedarf es der Förderung des dualen und des berufsbegleitenden Studiums durch alle Beteiligten. Der Zugang von Kindern aus Nicht-akademikerfamilien in Sachsen-Anhalt zur Hochschule muss gefördert und die Zugangszahlen gesteigert werden.

Die öffentlichen Dienste

Der öffentliche Dienst benötigt gute Arbeitsbedingungen und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entsprechend ihrer Tätigkeit

Schulpolitik im Wahlkampf:

GEW steht zu Gymnasien und deren Beschäftigten

(EuW) Wie bei jeder der bisherigen Wahlen versuchen auch diesmal die politischen Kontrahenten, die Schulpolitik als Spielball ihrer Interessen und zur Werbung um Wählerstimmen zu nutzen. Diese Auseinandersetzungen werden letztlich auf dem Rücken der Beschäftigten, der Schüler und der Eltern ausgetragen. Ständige Änderungen (in 25 Jahren hatten wir 14 Novellen unseres Schulgesetzes) und damit einhergehende Verunsicherungen belasten die Schulen zusätzlich zu den Aufgaben, die tagtäglich zu bewältigen sind.

Wenn derzeit wieder einmal Meldungen die Runde machen, die GEW bzw. deren Vorsitzender und jetzige Kandidat für DIE LINKE, Thomas Lippmann, würden die Gymnasien beseitigen wollen, so ist dies einzig und allein den Versuchen einiger Vertreter konservativer Parteien, Verbände und Medien geschuldet, im Wahlkampf die politischen Gegner zu diffamieren und sich selbst auf deren Kosten zu profilieren. Die Behauptung würde das Ende der Gymnasien einläuten, entbehrt jeder Grundlage. Die GEW steht wie bisher zur Schulform Gymnasium als einer wichtigen Säule in unserem Schulsystem.

Viel mehr investiert die GEW ihre Kraft in die Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen, in den Abbau von Bürokratie, in weniger Konferenztätigkeit, in die Begrenzung von Aufsichtsverpflichtungen, in die Entlastung bei der Führung der neuen Girokonten, aber auch in die Umsetzung der Vorgaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, in die Beseitigung der fortbestehenden Ungerechtigkeiten in der Bezahlung der Lehrkräfte, in die Schulung von Personalräten und ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten und insgesamt in mehr Eigenverantwortung sowie bessere Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulen.

Schon seit etwa zehn Jahren hat es keine gravierenden Änderungen im Schulsystem mehr gegeben. Nach der Rückkehr zur Schullaufbahnentscheidung am Ende des 4. Schuljahrganges (Aufhebung der Gemeinsamen Förderstufe) und zum Abitur nach zwölf Schuljahren haben lediglich noch die Fragen, ob die Schullaufbahnentscheidung der Grundschule verbindlich sein soll und wie durch Gemeinschaftsschulen auf freiwilliger Grundlage längeres gemeinsames Lernen ermöglicht werden kann, die Gemüter zeitweise etwas bewegt.

Viel einschneidender waren in dieser Zeit die Veränderungen, die die Schließung Hunderter Schulen in allen Schulformen mit sich brachten. Und viel bedrohlicher für das gesamte Schulsystem ist heute der massive Lehrkräftemangel, der durch die verfehlte Personalpolitik der letzten Jahre erzeugt wurde. Deshalb bestehen die zentralen

Herausforderungen für eine künftige Landesregierung vor allem in der Sicherung der Schulstandorte, des schulischen Angebotes und der Versorgung der Schulen mit ausreichend Lehrkräften und Pädagogischen Mitarbeiterinnen. Vor dem Hintergrund, dass die Bewältigung dieser Aufgaben die Konzentration aller Kräfte erfordern wird, verbieten sich politische Überlegungen, erneut grundlegende Änderungen im Schulsystem vorzunehmen, praktisch von selbst.

Deshalb ist die Schulpolitik der GEW drauf gerichtet, bewährte Strukturen zu erhalten und Schwächen im Schulsystem zu überwinden. Bei der Weiterentwicklung der Schulstrukturen liegt schon seit vielen Jahren unser besonderes Augenmerk auf der Entwicklung der Sekundarschulen. Dieser neuen Sekundarschule (die auch Erweiterte Sekundarschule, Oberschule oder Gemeinschaftsschule heißen kann) sollen die Schüler nicht mehr durch eine Empfehlung der Grundschulen zugewiesen werden. Sie soll – ebenso wie das Gymnasium – aufgrund ihres Profils und ihres Angebotes von den Eltern angewählt werden. Außerdem sollen überall dort, wo es vor Ort mehrheitlich gewünscht wird, durch die Schulträger alle Schulen der Sekundarstufe I und II in einer Schule zusammengefasst werden können. Solche Entscheidungen werden vor allem in solchen Regionen eine Rolle spielen, wo der Erhalt von Schulstandorten oder lange Schulwege Probleme bereiten.

Keine der schulpolitischen Positionen der GEW richtet sich gegen eine der bestehenden Schulformen und keine der angestrebten Veränderungen soll „von oben“ verordnet werden. Es geht immer darum, Entwicklungsperspektiven zu eröffnen, um schrittweise das „Oben und Unten“ im selektiven Schulsystem zu überwinden und ein gleichwertiges Nebeneinander der Schulen zu ermöglichen. Dabei hat keine der bestehenden Schulen das Privileg, auf Dauer unverändert zu bleiben. Das langfristige Ziel besteht darin, dass sich alle Schulen zu guten Schulen entwickeln und das öffentliche Schulnetz dicht und für alle Schülerinnen und Schüler unter zumutbaren Bedingungen erreichbar bleibt.

Dabei sind größte Anstrengungen erforderlich, um die ungelösten Probleme bei der Aufnahme einer stetig wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf und mit Migrationshintergrund in den Regelschulen endlich systematisch anzugehen und schnellstmöglich in den Griff zu bekommen. Der dauerhafte Erfolg unseres Schulsystems hängt vor allem davon ab, wie uns in den nächsten Jahren der Übergang zu einem inklusiven Schulsystem gelingt. Dafür werden alle Ressourcen und jedes Engagement benötigt.

despolitik

bezahlt werden und Respekt und Wertschätzung erfahren.

Im öffentlichen Dienst darf es keine prekäre Beschäftigung geben! Das Land als Arbeitgeber muss die **Personalausstattung** aufgabenbezogen und nachhaltig steigern.

Die Beschäftigten brauchen mehr Mitbestimmung durch ein besseres **Personalvertretungsgesetz** sowie ein **modernes Dienstrecht**.

Die Beamtinnen und Beamten brauchen wieder Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Handlungsfähiger Staat und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Steuerpolitik muss **öffentliche Einnahmen** stärken und Wohlstand umverteilen: Wir brauchen eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, hohen Einkommen, großen Vermögen und Erbschaften sowie eine Finanztransaktionssteuer.

Die Landespolitik muss wirksam dafür eintreten, die Einnahmeseite des Landeshaushalts zu stärken und den Einspardruck nach innen abzubauen. Wir lehnen die Schuldenbremse ab.

Für die Bereiche der **öffentlichen Daseinsvorsorge** und der sozialen Dienstleistungen muss per Landesverfassung ein **Privatisierungsverbot** gelten.

Städte und Gemeinden müssen dauerhaft und aufgabengerecht finanziert werden. Sie brauchen mehr Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere für notwendige Investitionen.

Gleichstellung

Männer und Frauen wollen eine **gerechte Arbeitswelt** und eine gute **Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben**.

Wir fordern die Gleichstellung im Beruf, bei Einstellung und Beförderung, in Führungspositionen sowie bei der Bezahlung.

Demokratie und Mitbestimmung

Wir fordern die Wiedereinführung der gesetzlichen Möglichkeit zur **Bildungsfreistellung für politische Bildung** und die ausreichende finanzielle Ausstattung der in diesem Bereich tätigen Vereine und Verbände. Zur Beförderung einer **demokratischen Grund- und Werthaltung** braucht es kontinuierliche Bildungsarbeit.

Mitbestimmung und Demokratie müssen gestärkt werden.

Eltern- und Schülervertretungen, Betriebs- und Personalräte sowie Jugendauszubildendenvertretungen sind entsprechend zu fördern und einzubinden. Hierzu muss auch das Betriebsverfassungsgesetz modernisiert werden.

Ehrenamtliches Engagement in Gremien und Ausschüssen braucht gesellschaftspolitisch und arbeitsrechtlich mehr Anerkennung, so auch durch bezahlte Freistellungen.

8. Der Öffentliche Dienst benötigt gute Arbeitsbedingungen und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die entsprechend ihrer Tätigkeit bezahlt werden und Respekt und Wertschätzung erfahren.

Im Öffentlichen Dienst darf es keine prekäre Beschäftigung geben! Das Land als Arbeitgeber muss die Personalausstattung aufgabenbezogen und nachhaltig steigern.

Die Beschäftigten brauchen mehr Mitbestimmung durch ein besseres Personalvertretungsgesetz sowie ein modernes Dienstrecht.

Die Beamtinnen und Beamten brauchen wieder Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Lehren und Lernen in Osteuropa: Odessa ist nicht Donezk

Die Programme zum Deutschen Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz (DSD) werden gegenwärtig in etwa 60 Ländern angeboten. Im Auftrag der Redaktion sprach unser Kollege Michael Walter, in Sachsen-Anhalt Landesbeauftragter der Arbeitsgruppe Auslandslehrer/innen (AGAL), mit Dr. Andrea Meyer. Für die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) ist sie in der Südukraine als Beraterin und Koordinatorin tätig.

Sie arbeiten als Fachberaterin/Koordinatorin in Odessa. Wie kam es dazu, gerade die Stelle der Fachberaterin und Koordinatorin in der Südukraine übernehmen zu wollen und würden Sie es heute noch anderen weiter empfehlen?

Als Fremdsprachenlehrerin hat es mich schon immer in englisch- oder russischsprachige Länder gezogen; ich habe mit meiner Familie auch ein Jahr in Texas gewohnt und dort an einer Highschool gearbeitet, vor einigen Jahren war ich an drei Sprachdiplomschulen in Warschau als Landesprogrammlehrkraft eingesetzt. Meine Schülerinnen und Schüler erwarben das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz. Als Landesprogrammlehrkraft bekommt man sein Gehalt weiterhin vom Land (in meinem Fall vom Land Berlin) und das jeweilige Lehrergehalt im Einsatzland. Die Prüfungssätze werden von der ZfA in Bonn erstellt. Dort werden auch die schriftlichen Prüfungsteile bewertet.

Thema Gentechnik vorbereitet, referiert ein Prüfling zum Thema Vaterschaftstest und vergleicht Erfahrungen damit in Deutschland und der Ukraine, ein anderer untersucht das Bienensterben und lässt dabei auch Monsanto nicht aus. Man muss dabei bedenken, dass ukrainische Schüler nur elf Jahre zur Schule gehen.

Sie sind seit 2011 als Fachberaterin für Deutsch und Koordinatorin der ZfA in der Ukraine tätig. Sie können somit aus eigener Anschauung und Erfahrung Ihrer letzten vier Jahre Tätigkeit vor Ort am besten unseren Leserinnen und Lesern ein Bild von der krisengeschüttelten Ukraine zeichnen, um vielleicht unsere Unkenntnis zu beheben und Missverständnisse auszuräumen, oder sogar uns helfen, sich von Vorurteilen über die Menschen in der Ukraine zu lösen.

Nach meinem Einsatz in Warschau habe ich wieder in Berlin am Gymnasium gearbeitet und bin auf die Stellenausschreibung für die Fachberatung in Odessa gestoßen. Mein Mann war einverstanden, mich zu begleiten, und so betreue ich seit vier Jahren neun Schulen im Süden der Ukraine, drei davon sind auf der Krim. Diese Arbeit ist im Moment besonders schwierig. Bei Fortbildungsveranstaltungen kann man mit Skype arbeiten. Aber Prüfungen kann ich so nicht abnehmen. An die anderen Schulen fahre ich mindestens zweimal im Jahr; letztes Jahr wurde am 2. Dezember die schriftliche Prüfung zum DSD II geschrieben, also auf B2- oder C1-Niveau nach dem Europäischen Referenzrahmen. Bis nach Zaporizhzhya bin ich 17 Stunden unterwegs, die schriftliche Prüfung dort betreue ich immer selbst und schließe gleich die mündlichen Prüfungen an. Für die anderen Orte, wie Kriwoj Rog, Alexandria, Ismail, Mykolaiv und Odessa – und natürlich für die Krim – brauche ich ebenfalls deutsche Lehrkräfte, die die Umschläge mit den Aufgaben entsiegeln und dafür sorgen, dass es keine Unregelmäßigkeiten, keinen Betrugsversuch gibt. An den meisten DSD-Schulen in der Welt gibt es Lehrer aus Deutschland, die diese Aufgabe übernehmen. Seit 2011 gibt es bei uns aber keine Muttersprachler an den Schulen mehr. So habe ich in der Südukraine auch schon mal den Pfarrer der Deutschen Gemeinde als Prüfungsaufsicht eingesetzt. Meist bekommen wir aber Unterstützung von Lektoren des DAAD und anderen Kulturmittlern.

Im August 2015 fand in Leipzig der Bildungskongress des VDLIA (Verband Deutscher Lehrer im Ausland) zum Thema „Vielfalt in der Einheit – Deutsche Auslandsschulen im Kulturraum Europas“ statt. Dort berichteten Sie sehr eindrucksvoll den Kongressteilnehmern über die aktuellen Bedingungen an den DSD-Schulen in der Südukraine.

Das sollte man von zwei Perspektiven aus betrachten: Auf der einen Seite haben wir an allen Schulen hochmotivierte Kollegien und Schüler. Sie wissen um die Vorteile eines Muttersprachlers, eines täglichen Korrektors, einer authentischen Kulturvermittlung, jemanden, der deutsche Formulare versteht und ausfüllen kann. Deutsche Lehrkräfte wären also sehr willkommen. Die Lerngruppen sind klein, höchstens zwölf Schüler. Da

kann man viel erreichen. Natürlich wird Professionalität, Methodenvielfalt, Teamfähigkeit, Multiplikatorentätigkeit erwartet. Die Ukrainer sind ein sehr gastfreundliches Volk. Das eint sie. Aber in ihren Meinungen insbesondere zur momentanen politischen Situation sind sie doch sehr verschieden. Das ist die andere Perspektive. Die Proteste am 31. August in Kiew haben insbesondere die Haltung der jungen Männer widerspiegelt, die im Donbass ihren Kopf hingehalten haben und sich nun fragen, wofür eigentlich, wenn dieser Landesteil doch an Russland geht. So wird die Dezentralisierung verstanden. Zwei Drittel der Bevölkerung im Westen möchten die Landesteile im Osten zur Not auch mit Gewalt in der Ukraine behalten. Im Südosten zeigen Umfragen eine andere Einstellung; nur ein Fünftel teilt die Meinung aus dem Westen, die meisten wollen einfach nur ein Ende der Kämpfe, egal zu welchem Preis. Man ist der ewigen Bedrohung müde, will endlich nicht mehr Angst um Freunde und Angehörige an der Front haben. An allen Schulen hängen Tafeln mit den Namen der gefallenen Absolventen der Schule, Väter vieler Prüflinge sind dort, Ehemänner und Söhne der Kolleginnen.

Odessa ist nicht Donezk. Die Leute haben gerade den Geburtstag ihrer Stadt mit vielen Konzerten und einem großen Feuerwerk begangen. Aber sie sind auch politischer geworden, die ukrainische Flagge hat große Symbolkraft bekommen, noch vor drei Jahren war das anders. Dennoch spricht man immer noch Russisch, auch wenn in den Schulen das Fach Mathematik mit ukrainisch-sprachigen Lehrbüchern unterrichtet wird.

Bei meinen Reisen durch das Land ist es schon mitunter ungemütlich. Man muss häufig sein Gepäck zeigen, weiß nicht, wie der Soldat mit der Kalaschnikow am Blockpost vor Mykolaiv in dem Moment so drauf ist. Wenn in den Zügen Soldaten sitzen, die von der Front kommen oder auch gerade dorthin fahren, empfinde ich das als beklemmend.

Aber ich würde nicht für deutsche Lehrer in der Südukraine werben, wenn ich Gefahren für Leib und Leben sehen würde. Im August hat unsere Tochter uns bereits zum zweiten Mal in Odessa besucht, wieder war sie begeistert.

Sie engagieren sich auch neben dem regulären Unterricht für das Projekt der Sommerschulen. Was hat man sich darunter vorzustellen? Wäre hier nicht ein Betätigungsfeld für ein ehrenamtliches Engagement von GEW-Mitgliedern?

Kommen Sie, besuchen Sie unsere Sommerschule im Juni, wenn wir zehn Tage lang 80 Kandidaten für die DSD-Prüfung in Odessa intensiv schulen. Man kann drei Monate lang visafrei durch die Ukraine reisen. Und bewerben Sie sich bei der ZfA auf eine Stelle in der Südukraine; es lohnt sich!

Am 12. März findet in Leipzig eine gemeinsame Informationsveranstaltung der GEW-Landesverbände Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt zum Schuldienst im Ausland statt. Detaillierte Hinweise zu Ablauf und Anmeldung werden in der Februar-Ausgabe der EuW veröffentlicht.

Foto: privat



Schildern Sie bitte den Kolleginnen und Kollegen einer GEW-Mitgliederzeitung das Konzept des DSD und das Aufgabenfeld der deutschen Lehrkräfte.

Das DSD-Sprachdiplom ist zwar eine Sprachprüfung, aber nicht nur. Man weist mit diesem Diplom auch seine Studierfähigkeit nach, d.h., die kognitiven Anforderungen sind hoch. Die Schülerinnen und Schüler müssen beispielsweise innerhalb von zwei Stunden einen Text zusammenfassen, eine oder zwei Statistiken dazu auswerten und in einer anschließenden Erörterung ihre Meinung aus verschiedenen Perspektiven begründet – und zwar mit einer tiefgründigen Argumentation – darlegen. In der mündlichen Prüfung werden wissenschaftspropädeutische Fähigkeiten abverlangt. Die Lerngruppe bereitet sich ein Jahr früher auf ein Projektthema vor. Jeder Prüfling bereitet sich dann auf ein Spezialthema vor, zu welchem er Umfragen erstellen und auswerten muss und Expertengespräche führen. Wenn also die Gruppe sich auf das

GEW-Kreisverband Stendal:

23. Altmärkischer LehrerInnentag

Termin: Samstag, 27.02.2016, von 8.15 Uhr bis 14.00 Uhr
Ort: Winkelmann-Gymnasium Stendal, Westwall 26

Die Veranstaltung wird organisiert vom Vorstandsbereich Schulen der GEW Stendal und richtet sich an alle interessierten Pädagoginnen und Pädagogen, Studierende und Auszubildende (Anerkannte Fortbildung: WT beantragt)

Ablauf

- ab 8.15 Uhr Anmeldung und Verlagsausstellung
 9.00 Uhr Begrüßung, Organisatorisches
 9.15 Uhr Eröffnungsreferat „Motivationsforschung im Kontext Schule“ (Referent: Jan Berger, Halle; Lehrer für Biologie/Chemie, Fachmoderator Biologie; MBA Kunst/Psychologie/Management von Bildungseinrichtungen; Fachseminarleiter im Staatlichen Seminar für Lehrämter Biologie/Chemie; Institutsleiter „Institut für multiple Kompetenzentwicklung“; Dozent an der MLU Modul „Kompetenzentwicklung fokussieren“)
 10.15 Uhr Pause mit Verlagsausstellung
 10.45 Uhr Arbeitsgruppen inkl. Pause mit Verlagsausstellung und Imbiss

Anmeldung und Organisatorisches

Anmeldungen bis zum 12.02.2016 an: GEW-Kreisverband Stendal, Stadtseeallee 1, 39576 Stendal, Fax 03931 212892, Tel. 03931 212892 (nur Do 14.30 bis 16 Uhr, außer in den Ferien), E-Mail rolf.hamm@gew-lsa.de

Die **Teilnahmegebühr** beträgt 20,00 Euro und ist vorab bis zum 12.02.2016 zu überweisen an den GEW-KV Stendal; Zahlungsgrund: 23. ALT, Name des TN; IBAN: DE 27 8105 0555 3010 0030 04. Gezahlte Teilnahmegebühren werden bei Nichtteilnahme nicht zurückerstattet. Bei GEW-Mitgliedschaft – nur mit Nachweis – wird die Gebühr erlassen. Für Direktstudenten und Auszubildende – nur mit Nachweis – beträgt die ermäßigte Gebühr 5,00 Euro.

Bei eingeschränkter Teilnehmerzahl in der AG gilt das Datum des Posteingangs. Eine Information erfolgt per Aushang am 27.02.2016. Geben Sie uns auch einen Zweitwunsch und für den Notfall Ihre Telefonnummer/E-Mail an! Wir benachrichtigen Sie, wenn Ihre Wünsche gar nicht berücksichtigt werden können oder unvorhersehbare Änderungen eintreten.

Wenn Sie sich rechtzeitig anmelden, bemühen wir uns, Ihre Wünsche zu berücksichtigen. Seien Sie bitte auch so fair und informieren uns, wenn Sie, aus welchen Gründen auch immer, nicht teilnehmen können.

Arbeitsgruppen

- AG 01 „Motivationsforschung im Kontext Schule“ – Stellschrauben der Motivation; Perturbationen; kreative, neugierig-machende Unterrichtseinstiege; Lernaufgaben im Niveaustufenmodell – lassen Sie doch einfach arbeiten!; gehirngerechtes Lernen – motivierende Spiele für den täglichen Gebrauch; die unerwartete Vertretungsstunde – und nun? (Jan Berger, Halle) (alle Schulformen)
 AG 02 „Gelingende Kommunikation in der Schule + 16 erfolgreiche Kommunikationsstrategien mit maximaler Wirkung“ (Stephanie Bemann, Psychologin) (alle Schulformen)
 AG 03 „Wir sind im Krieg“ – Friedenserziehung in Zeiten des Terrors (Daniela Groß, Diplompsychologin; DRK-KV, Netzwerkstelle Schulsozialarbeit) (alle Schulformen, ErzieherInnen)
 AG 04 „Musik verbindet Kulturen“ – ein musikalischer Workshop mit Anregungen und Erfahrungen zur Integration von Flüchtlingsfamilien (Juliana Gombé, Integrationshelferin, Botschafterin für Demokratie und Toleranz, Preisträgerin „Goldene Henne“) (alle Schulformen)
 AG 05 „Didaktische Herausforderungen digital lösen“ – Unterricht effektiv planen und durchführen; Einsatz moderner Medien und hochwertiger Materialien; wie Ihnen mit digitaler Unterstützung mühelos guter Unterricht gelingt; wir präsentieren, wie „scook“, die Plattform für Lehrer und ihre Schüler, in der Unterrichtsvorbereitung und im Unterricht eingesetzt werden kann (Bettina Schmädeke, scook-Team, Cornelsen Schulverlag) (alle Schulformen)
 AG 06 „Interkulturelle Kompetenz im Schulalltag“ – auch in der Schule werden interkulturelle Begegnungen alltäglicher, Schüler_innen und Lehrkräfte mit und ohne Migrationshintergrund

lernen und arbeiten miteinander – inhaltliche Impulse über „kulturelle Prägungen“ und Übungen/Methoden wie interkulturelle Begegnungen erfolgreich gestaltet werden können (Mathias Kühne, Freiberufler, Magdeburg) (alle Schulformen, ErzieherInnen)

- AG 07 „Willkommen in der Kita! – Gestaltung der Kita als interkultureller Ort für und mit Kindern und Eltern mit Migrationshintergrund“ (Moussa Dansokho und Venus Käßler; Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.) (Kita-ErzieherInnen)
 AG 08 „Vielfalt in Schulen?! – Gestaltung eines Integrationsprozesses in Schulen und Umgang mit traumatisierten Kindern“ (Mamad Mohamad und Jana Bodemann, Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.) (alle Schulformen, ErzieherInnen)
 AG 09 „Nur die üblichen Streitereien? – Mobbing unter Schülern“ (Torsten Richter, GEW) (alle Schulformen)
 AG 10 „Schule macht mich kaputt – Ursachen und Vermeidungsstrategien bei Burnout“ (Helgard Lange, GEW) (alle Schulformen)

Die angebotenen Workshops dauern jeweils 160 Minuten. In allen Arbeitsgruppen sind Studierende und Auszubildende herzlich willkommen.



Verbindliche Anmeldung zum 23. Altmärkischen LehrerInnentag am 27. Februar 2016 in Stendal

Anmeldungen bis zum 12.02.2016 an: GEW-KV Stendal, Stadtseeallee 1, 39576 Stendal, Fax 03931 212892, E-Mail rolf.hamm@gew-lsa.de (Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!)

Name, Vorname:

Anschrift:

.....

Tel.:

E-Mail:

Einrichtung:

GEW-Mitglied: ☐ ja ☐ nein GEW-Kreisverband:

AG-Wunsch 1: Ersatzwunsch 1: AG-Wunsch 2: Ersatzwunsch 2:

Datum: Unterschrift:

(Bitte den TN-Beitrag bis 12.02.2016 überweisen)

GEW-KV Dessau:**Mitgliederversammlung**

Der GEW-Kreisverband Dessau lädt seine Mitglieder zur Mitgliederversammlung am **23. Februar 2016** um 17.00 Uhr in die VHS ein.

Um Rückmeldung über die Teilnahme wird bis zum 15. Februar gebeten (Tel. 0340 8822242).

Dozent/innen gesucht

Die ARBEIT & LEBEN Bildungsvereinigung Sachsen-Anhalt e.V. in Magdeburg sucht für Einstiegskurse für Asylbewerberinnen und -bewerber zur Vermittlung von praxisnahen Basiskenntnissen der deutschen Sprache engagierte Dozentinnen und Dozenten auf Honorarbasis. Die Kurse werden von der Bundesagentur für Arbeit finanziert und umfassen 320 Unterrichtseinheiten. Die Arbeitszeiten und Arbeitstage erfolgen nach Absprache und entsprechend Ihrer freien Kapazitäten.

Kontakt: ARBEIT & LEBEN Bildungsvereinigung Sachsen-Anhalt e.V., Melanie Augustin, Stresemannstraße 18/19, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391 6234973, E-Mail: augustin@arbeitundleben.org.

Fortbildungsangebot: Montessori-Diplom

Die Montessori-Gesellschaft Halle e.V. veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Deutschen Montessori-Vereinigung e.V. einen Lehrgang zum Erwerb des Montessori-Diploms. Die Fortbildung wird in Wochenendkursen organisiert, Kursbeginn ist der 11. März 2016.

Inhalte: • Theorie und Hintergründe der Montessori-Pädagogik, • Übungen des täglichen Lebens, • Gebrauch des Sinnesmaterials, • Einführung der Materialien für Sprache, Mathematik und Geometrie, • Einstieg in die kosmische Erziehung, • 12 Hospitationen in Montessori-Einrichtungen.

Qualifikation: Diese Fortbildung ermöglicht es, als Pädagogin oder Pädagoge in einer Montessori-Einrichtung tätig zu sein. Personen ohne pädagogische Grundausbildung können nur in Ausnahmefällen zum Lehrgang zugelassen werden.

Dauer: Der Lehrgang umfasst ca. 250 Unterrichtsstunden à 45 Minuten und dauert 24 Monate. Er schließt mit einer mündlichen und schriftlichen Prüfung ab.

Kontakt: kerstin.westphal@montessori-halle.de

Informationsrunde mit Anmeldung am 23. Januar 2016 von 10.00 bis 12.00 Uhr in der Reformschule „Maria Montessori“, Franckeplatz 1, Haus 19, 06110 Halle.

Bildungspolitische Diskussionsreihe: Was wurde aus dem Bildungskonvent?

In Kooperation zwischen dem Pro Schule e.V. und dem Zentrum für Schul- und Bildungsforschung der Martin-Luther-Universität wird derzeit eine interessante Diskussionsreihe unter dem Titel „Bildungskonvent: Anstoß und Wirkung, Kritik und Konstruktion“ durchgeführt. Die Diskussionsreihe fragt: Was ist aus den Empfehlungen des Bildungskonvents von 2010 geworden? Was wurde umgesetzt? Was ist noch offen? Wo stehen wir heute? Wie soll es weitergehen?

12.01.2016 Schulerfolg sichern/Schulsozialarbeit

Der Bildungskonvent fordert im Zusammenhang mit „fördern und fordern“: Senkung der Schulabbrecherzahlen und Überführung der Programme zur Schulsozialarbeit in Regelangebote. Er empfiehlt u.a.: • präventive Maßnahmen gegen Schulabbruch (u.a. „produktives Lernen“), • Schulsozialarbeit als integralen Bestandteil moderner pädagogischer Arbeit, • Stärkung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule, • Einsatz von Schulsozialarbeitern an berufsbildenden Schulen

Gäste: Dr. Regine Oehlstörter (Kultusministerium), Sylvia Ruge (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung), Prof. Dr. Thomas Olk (Uni Halle), Kerstin Ackermann (Schulleiterin KGS Humboldt), Jan Metzner (Schulsozialarbeiter)

19.01.2016 Regionale Bildungslandschaften

Der Bildungskonvent empfiehlt: • Stärkung der Kooperation von Kitas und Grundschulen (gemeinsame Konzeption), • Stärkung der Berufsorientierung/Berufseingemündung, • Aufbau eines Netzes der Prävention und Förderung zwischen Bildungsakteuren und Ämtern, • Kooperation Jugendhilfe–Schule, Aufbau regional dauerhafter institutioneller Zusammenarbeit

Gäste: Oliver Wolff (Deutsches Jugendinstitut), Vertreter Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Katharina Brederlow (Beigeordnete für Bildung und Soziales Halle), Angret Zahradnik (Sekundarschule Campus Technicus Bernburg), Vertreter Landesschulamt

02.02.2016 Bildungskonvent: Top oder Flop

War die dreijährige Arbeit des Bildungskonvents erfolgreich? Was wurde erreicht? Was wurde bewirkt? Ist ein solcher Konvent geeignet, bildungspolitische Kontroversen zu einem nachhaltigen Konsens zu führen? Was bleibt unabgeklärt? Soll es eine Fortsetzung geben?

Gäste: Stephan Dorgerloh (Kultusminister), Katrin Budde (SPD – angefragt), Birke Bull (DIE LINKE), Vertreter DIHK Halle, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (GEW), Thomas Jäger (Landeselternrat)

Die Veranstaltungen finden jeweils um 18 Uhr in den Franckeschen Stiftungen, Haus 31, Großer Hörsaal, statt.

Anzeige

GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
Konto-Nr. 375 188 0 188, BLZ 700 20 500

www.fair-childhood.eu

Junge GEW und GEW-Studis:

Einladung zum Neujahrstreffen

Liebe Mitglieder der Jungen GEW, liebe Studierende, liebe Interessierte! Die Junge GEW ist eine Gruppe aus Studierenden, jungen Erzieher_innen, Lehrer_innen und Wissenschaftler_innen. Regelmäßig treffen wir uns mit den GEW-Studis, um uns über Themen auszutauschen, die uns alle beschäftigen. Zu unserem **Neujahrstreffen** warten nicht nur inhaltliche Diskussionen sondern auch Spiele und Getränke auf euch. Ihr seid herzlich eingeladen, einfach mal reinschnuppern: **Montag, 11. Januar 2016, ab 18:00 Uhr im Spielehaus (Franckeplatz 1, Haus 32) in Halle.**



Konferenz junger Gewerkschafter*innen 2016:

„GEWolution: unsere Zeit, unsere Fragen“

Eine zweite Konferenz junger Gewerkschafter

*innen findet unter dem Titel „GEWolution:

unsere Zeit, unsere Fragen“ zu Pfingsten vom

14. bis 16. Mai 2016 in Rotenburg an der Fulda

statt. Es erwarten dich spannende Diskussionen, kämpferische Fragen, kurzweilige Vorträge, Lightning Talks sowie abwechslungsreiche Workshops. Du kannst junge Gewerkschafter*innen aus allen Bundesländern treffen, dich austauschen, vernetzen und neue Ideen finden. Für neue Aktive Mitglieder bietet sich die Möglichkeit, Einblicke in die Arbeit der GEW zu gewinnen und selbst engagiert teilzunehmen. → www.gew.de/gewolution



Wir gedenken der Verstorbenen

Roswitha Harder, Piskaborn

Siegfried Jahn, Oebisfelde

Karin Hentze, Blankenburg

Inge Möller, Dolle

Lenore Pfeifer, Halle

Jörg Radeloff, Garz

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-lsa.de, www.gew-lsa.de

Vorsitzender: Thomas Lippmann

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantw.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzügl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 10 vom 1. Januar 2015; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation, Eschenstr. 1A, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net

GEW-KV Magdeburg Seniorengruppe: Veranstaltungen I/2016

- Do, **14.01.** 14 Uhr, Bürgerhaus MD-Cracau, Bildvortrag von K.-H. Rasche „Unsere Seniorenreise nach Kottenheide (Teil 2)“
- Do, **28.01.** 14 Uhr, Bürgerhaus MD-Cracau, „Marie von Clausewitz in ihren Briefen“, Kolln. Poetsch
- Do, **04.02.** 14 Uhr, Bürgerhaus MD-Cracau, „Das Glockenspiel im Rathaus unserer Stadt – der Glockenspieler Herr Müller erzählt von seiner Arbeit“
- Do, **25.02.** 14 Uhr, Bürgerhaus MD-Cracau, Film von Dr. Vogel „Neuseeland – das schönste Ende der Welt. Der Norden der Nordinsel“
- Do, **10.03.** 14 Uhr, Bürgerhaus MD-Cracau, „Wir feiern den Internationalen Frauentag“
- Do, **24.03.** 14 Uhr, Bürgerhaus MD-Cracau, „Wir lassen uns überraschen!!!“
- Do, **14.04.** Tagesfahrt nach Merseburg mit Stadtführung „Von Raben und Zaubersprüchen“, Mittagessen im Restaurant, Domführung, Saale-Schiffahrt inkl. Kaffeedeck u. musikalischem Tagesausklang (Preis p.P.: 60 €; Abfahrt: Allendestr. 7.45 Uhr, ZOB 8.00 Uhr; Rückkunft ca. 19 Uhr)
- Do, **28.04.** 14 Uhr, Bürgerhaus MD-Cracau, „Mit dem Bus von der Ost- zur Westküste der USA“, Kolln. Maletzki
- Do, **12.05.** 14 Uhr, Bürgerhaus MD-Cracau, „Unsere Tagesfahrt zur BUGA in Bildern“, Koll. Rasche
- Do, **26.05.** „Besichtigung des Schlosses in Hohenerxleben“ (nähere Information erfolgen zu den Veranstaltungen)

Eberhard Heidecke

GEW-KV Bördekreis/Haldensleben: Angebote für Senioren

- Mi, **13.01.** 14 Uhr, EHFA-Haus, Bildvortrag mit Kurt Pflüger „GEW-Höhepunkte“
- Mi, **10.02.** 14 Uhr, EHFA-Haus, „Faschingsfeier“ (Anmeldung bis 8.1. an R.Senger/M.Semerak über KV)
- Mi, **09.03.** „Frauentagsfahrt zum Bördemuseum nach Ummendorf mit Kaffeetrinken im Nymphenhof Druxberge“ (Abfahrt: 13 Uhr ZOB, Rückfahrt: ca. 18 Uhr; für GEW-Mitglieder 12 €, für Nichtmitglieder 15 €; Anmeldung bis 20.1. an R.Kühle, Bahnhofstr. 5, 39343 Schackensleben, 039206 53527, roldor.kuehle@t-online.de)
- Mi, **13.04.** 14 Uhr, Kulturfabrik, Schriftstellerlesung mit Helga Schettge
- Mi, **04.05.** 14 Uhr, Ziegelei Hundisburg, „Töpfern in der Ziegelei unter fachlicher Anleitung“ (Kosten p.P.: Töpfern 2,50 €, Brennen ab 1,30 €; evtl. Schürze mitbringen; individuelle Anreise; Anmeldung bis 20.4. an A.Lindecke über KV)
- Sa, **04.06.** „Ganz-Tages-Zansibar-Erlebnis im Safaripark“ (auch als Oma-Opa-Tag mit Enkelkindern) mit Guide, Showprogramm und Abendessen a la carte. (Abfahrt ab Busbahnhof HDL um 8 Uhr, Rückkunft ca. 21 Uhr; für GEW-Mitglieder 70,50 €, für Nichtmitglieder 73,50 €, für Kinder bis 12 Jahren 52,50 €; Anmeldung bis 30.3. an R.Kühle)
- Fr, **27.05.** Operette „Die lustigen Weiber“ (26,55 € für GEW-Mitglieder, 29,55 € für Nichtmitglieder; Anmeldung bis 22.3. an H.Nahrstedt, Teichstr. 3, 39345 Neuenhofe, 03904 71450, nahrstedt.neuenhofe@t-online.de)
- Mi, **08.06.** Lehrertag: „Schleusenfahrt mit dem Rolandschiff“ (Abfahrt 11 Uhr, Rückkunft ca. 16 Uhr; Preis p.P. 26,50 €; Anmeldung bis 30.4. an R.Bertram über KV)
- Mi, **14.09.** Tagesfahrt zum Rosarium Sangerhausen mit Besichtigung des Schaubergwerks „Röhrigschacht“ Wettelrode (Abfahrt ZOB HDL 8 Uhr, Rückkunft ca. 21 Uhr; für GEW-Mitglieder 26,00 €, für Nichtmitglieder 29,00 € (zuzüglich Mittagessen und Kaffeetrinken); Anmeldung bis 20.7. an R.Kühle)

Rolf Kühle

Die GEW gratuliert im Januar

92 Jahre

Ilse Troeger, Halle

91 Jahre

Günter Bitterling, Magdeburg

90 Jahre

Waltraud Holz, Dresden

89 Jahre

Siegwald Vogler, Magdeburg

88 Jahre

Detlef Pechau, Magdeburg

87 Jahre

Ingeborg Thiebe, Magdeburg

Heinz Winter, Haldensleben

86 Jahre

Brigitte Sobieraj, Halberstadt

Dr. Günter Eggert, Magdeburg

Ingeborg Berge, Wanzleben

85 Jahre

Roland Gapsch, Weißenfels

Ingeltraut Werner, Oschersleben

Ingeborg Herrmann, Dessau-Roßlau

84 Jahre

Josef Keiser, Magdeburg

Wolfgang Weihmann,

Dessau-Roßlau

Heinz Schöbel, Halberstadt

83 Jahre

Eleonore Heinrich, Weferlingen

Margot Ulrich, Wanzleben

Siegfried Witschaß, Halberstadt

Hildegard Ehrlich, Hundisburg

Dieter Hetebrüg, Gardelegen

Jürgen Janz, Magdeburg

Rosemarie Wagner, Thale

Hartmut Wahl, Quedlinburg

82 Jahre

Helga Schulze, Seehausen

Herta Wischmann, Blankenheim

Hanna Kittel, Magdeburg

Dr. Klaus Lucks, Großgörschen

Renate Schmidt, Magdeburg

Anneliese Herbst, Halberstadt

81 Jahre

Klaus Wilms, Garz

Elly Gröbke, Sommersdorf

Dr. Marlene Neuber, Halle

Irmgard Gorzawski, Dessau-Roßlau

Maria Jacobs, Wernigerode

Hildegard Kössler, Wörlitz

Hildegard Blume, Angern

Angele Hetebrüg, Gardelegen

Ralf Krüger, Halle

80 Jahre

Erika Krettek, Wernigerode

Dr. sc. phil. Karl-Heinz Ruch, Halle

Karin Eiteljörge, Blankenburg

Dorothea Bläsi, Magdeburg

Hans-Georg Jung, Heimbürg

Dr. Klaus-Dieter Jäger, Berlin

79 Jahre

Renate Oberländer, Raguhn

Helmut Gericke, Magdeburg

Edgar Preller, Frankleben

Renate Dittmann, Dessau-Roßlau

Gottfried Pannach, Raguhn-Jeßnitz

78 Jahre

Rosemarie Faltin, Calbe

Sibylla Bötscher, Halle

Dr. Jürgen Weißbach, Halle

Rosemarie Scholz, Magdeburg

Eva Neumann, Dessau-Roßlau

Waltraud Bay, Möckern

Adolf Gerber, Elbingerode

77 Jahre

Annemarie Jelinek, Athenstedt

Sigrid Prenzel, Halle

Horst Maskowiak, Güstrow

Klaus Rothe, Droyßig

Harald Mehle, Grieben

Eva Vogel, Halle

Gisela Barthel, Orani-

enbaum-Wörlitz

Renate Schirner, Bad Kösen

76 Jahre

Klaus-Jürgen Reimund, Halle

Therese Randhahn, Piskaborn

Ingrid Mucke, Halle

Ursula Adam, Merseburg

Helga Rienecker, Bernburg

Annegret Mischke, Halle

Ingrid Schich, Wernigerode

Annelore Ille, Stendal

Karin Voigt, Magdeburg

Helma Ehrig, Wallwitz

75 Jahre

Oda Linde, Wernigerode

Rosemarie Hellwig, Wernigerode

Gundula Pohl, Burg

Christa Flott, Magdeburg

Brigitte Volkert, Wolfen

Renate Ostwald, Köthen

Adeltraut Paul, Stendal

Hans Schubert, Wittenberg

Dr. Frank Bernatzky, Leipzig

Hannelore Conert, Wust

Ilse Schröter, Halle

74 Jahre

Dr. Klaus Stöber, Halle

Roswitha Drogi, Eisleben

Jörg Zimmermann, Staßfurt

Peter Bormann, Halberstadt

Edith Karras, Rothenburg

Ingrid Grube, Halle

Gisela Kölling, Zerbst

Margit Messerschmidt, Landsberg

Margit Syring, Zerbst

Waltraut Toth, Baderborn

Peter Schneider, Osterburg

73 Jahre

Anneliese Jungnickel, Halle

Karin Hertel, Gardelegen

Siegrun Schmidt, Magdeburg

Siegrid Dröge, Zerbst

Volker Thiel, Halle

Margret Hedel, Egeln

Rita Kirchberg, Gerbstedt

Gisela Vieregge, Colbitz

Helga Klier, Köthen

Peter Markgraf, Alikendorf

Dietrich Sdun, Dornstedt

Peter Altmann, Stendal

Elli-Marlen Fricke, Eisleben

Margit Pienkny, Halle

Ursel Sturm, Aschersleben

72 Jahre

Erna Matalla, Ohrleben

Irmentraud Gerdes, Barleben

Udo Lange, Stendal

Christina Peschke, Landsberg

Bärbel Döring, Hecklingen

Ulrike Gründig, Naumburg

Rosemarie Hofmann,

Zschornowitz

Ingrid Maceiczky, Schönebeck

Barbara Zoske, Leuna

Elke-Maria Dallmann,

Wimmelburg

Regine Strech, Halle

Anneliese Redöhl, Nachterstedt

Rainer Klinzmann, Hohenstramm

Bärbel Siegmund, Jessen

Dagmar Brazda, Osterburg

71 Jahre

Heidemarie Spalke,

Langenweddingen

Heidemarie Brinck, Halberstadt

Rainer Ziegler, Haldensleben

Gabriele Oswald, Schönebeck

Werner Bennwitz, Wetterzeube

Verena Stiessel, Halle

Hella Brinkmann, Halle

Christel Oppermann, Hettstedt

Ursula Franke, Magdeburg

Ingeborg Freihammer,

Dessau-Roßlau

Karin Bobowski, Bad Lauchstädt

Marianne Damm, Querfurt

Arnd Nicke, Dessau-Roßlau

Heidrun Lindner, Wernigerode

Marlis Ostrowski, Wörlitz



Neues Konto? Neue Adresse? Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

Änderungsmeldung:

Name, Vorname:

Kreisverband:

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.:

Anschrift:

Telefon:

Bankverbindung:

Kontoinhaber:

IBAN

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):

Tätigkeitsbereich:

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen
Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche)

GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“, K 6549

Die Karawane zieht weiter

Das soeben verflossene Jahr 2015 hatte die UNO mit dem Etikett „Jahr des Lichts“ versehen.

Allen Menschen auf dieser Welt sollte die Bedeutung des Lichts in den unterschiedlichsten Bereichen verdeutlicht werden. Kurz vor Jahresende hat es dann auch noch geklappt, dass Licht in die Sache gebracht wurde. Wie sich nämlich herausstellte, ist das mit dem Licht nämlich eine ganz finstere Sache. Es kam heraus, dass die Lichter gar nicht so hell sind, wie sie sein sollten. Es kam einfach kein Glanz in die Hütte. Da müssen wir uns dann auch nicht wundern, wenn so oft von Dunkeldeutschland die Rede war. Das lag gar nicht so sehr am nachlassenden Augenlicht, wie vielleicht der eine oder andere schon befürchtet hatte, sondern vielmehr am fehlenden Lampenlicht. Deshalb heißen die Lampen ja auch nicht mehr Glüh- oder Halo-

genlampen, sondern

wir das nicht so machen würden, würden die Lampen in der Herstellung noch viel teurer werden.“ Wahrscheinlich stünde dann nicht 25 W auf der Verpackung, sondern 25 €. Da hat die Lampenlobby in Brüssel uns die gute alte Glühbirne weggenommen, damit wir alle die neuen Sparfunzeln kaufen müssen; und uns auch noch eingeredet, wenn wir die anknipsen, würden wir etwas für die Umwelt tun. Jetzt stellte sich aber heraus, dass wir als Verbraucher dadurch im Jahr Mehrkosten von zwei Milliarden haben, also nicht jeder Einzelne, sondern wir Verbraucher alle zusammen, weil die Dinger nämlich mehr Strom fressen, als man uns vorgaukelt, aber dafür weniger Licht geben. So wie VW mehr Sprit frisst und weniger umweltfreundlich ist, weil das Prüfverfahren unter Bedingungen durchgeführt wurde, die mit der Praxis

Nachschlag



schlicht und einfach Leuchtmittel.

Da hätten wir schon stutzig werden müssen:

Leuchtmittel – das sagt ja schon der Name: Die leuchten eben nur noch mittel; und nicht so, wie es auf der Verpackung draufsteht. Bisher dachte ich immer, wenn da 25 W draufsteht, dann sind das 25 Watt. Jetzt stellte sich heraus, das W bedeutet: weniger! Und zwar Licht. Und das bis zu 25 Prozent. „Was ihr nur habt“, sagten die Hersteller, „deshalb nennen wir die Dinger ja auch Sparlampen.“ Was nichts anderes heißt, als dass sich Osram, Philips und wie die alle heißen, jegliche Technologie sparen, um die Abweichungen so gering wie möglich zu halten. „Ja“, sagen die, „wenn

nichts

zu tun hatten. So auch bei den Leuchtmitteln. Die hat man wahrscheinlich im ausgeschalteten Zustand getestet, damit sie energiefreundlich sind. Und das Schlimme ist, dass die Lichtgestalten in Brüssel das schon seit 2011 wissen. Solange werden wir von denen bereits hinters Licht geführt. Es ist alles nur Blendwerk. Und wir Kamele fallen immer wieder darauf herein. Wenigstens hat die UNO aus diesem Vorfall ihre Konsequenzen gezogen; und uns zu Ehren dem Jahr 2016 den Namen „Jahr der Kamele“ verliehen.

Der Beitrag wurde auch bei MDR Sachsen-Anhalt gesendet.

Hans-Günther Pölit